



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernem:
Dass Brot und Arbeit uns gerettet seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,
Und unsere Weiber nicht mehr betteln gehen.
G. Herzwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Gedruckto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 40 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 35.

Wien, den 10. Dezember 1911.

19. Jahrg.

Eine Schandtafel. Eisenbahner, merkt auf!

Vor der Reichsratswahl sind sie zu euch gekommen, die Demagogen aus dem nationalistischen Lager, um euch das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen für den Fall, als ihr ihnen zu einem Mandat verhelst. Die einen traten als die unerschrockenen Kämpfer für das Interesse der Konsumenten vor euch hin und gelobten nicht eher zu ruhen, als bis der bitteren Lebensmittelerhöhung ein Ende bereitet sei. Die anderen waren drapiert mit dem Mäntelchen des Arbeitervertreters und warben um euch, indem sie vorgaben, das Interesse der Arbeiter kräftig wahr zu wollen. Seit diesen großen Versprechungen sind erst wenige Monate in das Land gegangen — und schon ist das arbeitende Volk von den

prahlerischen deutschen Nationalverbändlern

schmachvoll verraten worden!

Am 22. November 1911 wurde im Parlament über die so notwendige Einfuhr von Fleisch entschieden. Der Sozialdemokrat Dr. Renner stellte folgenden Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, ohne weitere Verhandlungen mit Ungarn jedes Ansuchen um Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches zu bewilligen und die Einfuhrbewilligung weder der Zeit noch der Menge nach zu begrenzen.“

Gegen diesen volksfreundlichen Antrag stimmten 43 Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes!

Wer waren die Verräter?

Nicht allein die deutschnationalen und christlichsozialen Vertreter rein agrarischer Bezirke stimmten gegen die Fleischzufuhr, sondern auch zahlreiche Abgeordnete industriereicher Bezirke. Darunter waren die deutschnationalen Abgeordneten:

Franz Berni, Brüx-Gorlau-Pöstelberg,
Rudolf Fehmann, Mähr.-Mitt.-Mähr.-Schönberg,
Fritz Hartl, Reichenberg,
Gustav Hummer, Leitmeritz-Lobositz,
Josef Kaiser, Trautau-Marschendorf-Schallau,
Fritz Rudlich, Rudmantel-Jägerndorf-Ölbersdorf,
Erhard Lipka, Aussig-Karbitz,
Josef Nagels, Böhmisch-Mähr.-Böhmen-Mitt.-Hofen,

Alois Rieger, Olmütz-Mähr.-Starnberg,
Ferdinand Seidel, Jauernig-Weidenau-Freiwaldau,
Dr. Otto Steinwender, Spittal-Greifenburg-Winklern-Gmünd,
Dr. Artur Stöckel, Salzburg,
Oskar Teufel, Jaslowitz-Jünaum-Kromau-Eibenschitz,
Dr. Karl Urban, Saaz-Raaden-Bodersam,
Dr. Friedrich Wichtl, Krumau-Winterberg-Prachath-Wellarn.

Zu diesen deutschnationalen Verrätern kommen noch etliche aus anderen Lagern so der Christlichsozialen Meuten und der „Freisozialisten“ Simon Staudl! Am bemerkenswertesten ist die volksfeindliche Abstimmung des Abgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei: Ferdinand Seidel!

Eine saubere Partei — diese Deutsche Arbeiterpartei!

Ihre Abgeordneten erheben sich, gegen das Interesse der Arbeiter zu stimmen. Eisenbahner, gedenkt es dieser Partei!

Nicht allein gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Bänderung der Fleischnot haben aber die wackeren Nationalverbändler gestimmt. Sie leisteten sich noch ein stärkeres Stück:

Die deutschen Nationalverbändler stimmten ihren eigenen Antrag nieder!

Das kam so: Das Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalverbandes, Dr. Waber, nahm den sozialdemokratischen Antrag — freilich in sehr verwässerter Form — auf und beantragte, die Regierung aufzufordern, „die Verfügungen bezüglich der Einfuhr überseeischen Fleisches lediglich nach veterinären fachmännischen Gesichtspunkten im Hinblick auf den faktischen Zustand der betreffenden Sendung zu treffen“.

Aber selbst dieser so bescheidene Antrag wurde von den Agrariern aller Nationen und ihren deutschnationalen Bundesgenossen aus den Industriebezirken brutal niedergestimmt.

34 Nationalverbändler stimmten gegen den Antrag des Vorstandsmitgliedes des Deutschen Nationalverbandes!

Darunter waren die Vertreter der Industriebezirke:

Rudolf Fehmann, Erhard Lipka, Josef Nagels, Alois Rieger, Dr. Otto Steinwender. Kann sich dieses schier unglaubliche Verhalten der deutschen Nationalverbändler das arbeitende Volk gefallen lassen?

Nein, es hat die Pflicht, die verräterischen Abgeordneten zur Rechenschaft zu ziehen!

Nicht allein die Arbeiter, sondern alle, die schwer unter der Lebensmittelerhöhung leiden, also auch die Handwerker, Kleinrentner, Kleinrentner, Angestellten und Beamten, müssen gegen den schmachvollen Verrat der deutschen Nationalverbändler ihre Stimme erheben!

Erkennt jetzt, wo eure Feinde und wo eure Freunde sind:

Die einzige Partei, welche im Kampfe gegen die Lebensmittelerhöhung konsequent blieb, die sich unerschrocken der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerungsschichten annahm, war die

Sozialdemokratie!

Helft ihr im Kampfe gegen den Volksverrat!

Die Forderungen der Eisenbahner und das Parlament.

Der ganze Jammer, den die nichtsnutzige Demagogie der bürgerlichen Parteien über das österreichische Volkshaus gebracht hat, wird in diesen Tagen wieder einmal offenbar. Vor ein paar Wochen noch gebärdeten sich die bürgerlichen Parteien, voran natürlich der Deutsche Nationalverband, so, als ob es für sie keine dringlicheren Fragen gäbe, als wie der Not und der Unzufriedenheit unter dem Eisenbahnerpersonal abzuhelfen wären. Die Vorgespräche der nationalen Abgeordneten bei den Ministern wechselten nur so mit allen möglichen radikalen Reden und Zusicherungen, die in den Versammlungen vom Stapel gelassen wurden und naive Gemüter hätten beinahe glauben können, daß die Herren ihre ganze unruhige Vergangenheit vergessen machen wollen. Nun sind die Forderungen der Eisenbahner in dem fertiggestellten Bericht des Staatsangelegenheitsausschusses formuliert und endlich am 1. Dezember dem Präsidium des Abgeordnetenhauses überreicht worden. Sowohl im Subkomitee wie im Ausschuss sind die Arbeiten nach Möglichkeit forciert worden, so daß das Plenum des Hauses in die Lage kommen sollte, über den Antrag des Ausschusses, der bekanntlich für die Eisenbahner 38 Millionen Kronen verlangt, so rasch als möglich abzustimmen.

Es sind also bald zehn Tage verflossen, seitdem der Bericht dem Hause vorliegt. Am 6. d. M. hat nun in einer Beratung der Parteivorsitzenden der Abgeordnete Seitz namens der Sozialdemokraten verlangt, daß der Bericht des Staatsangelegenheitsausschusses vor Beginn der Beratungen des Budgetprovisoriums in Verhandlung gezogen werde. Die Budgetberatung könne trotzdem noch rechtzeitig fertig werden, da sich die einzelnen Parteien nur dahin zu einigen brauchen, daß zweifelhafte Reden vermieden und die Abstimmung vorgenommen werde. So selbstverständlich dieses Verlangen und so gründlich und hinreichend es durch die unter den Eisenbahnern vorhandene Notlage motiviert war, so gründlich wurde das Verlangen der Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien ignoriert. Gegen das Verlangen des Abgeordneten Seitz sprach nämlich nicht nur der Minister des Innern Baron Heinold, sondern auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien, denen jetzt auf einmal die sogenannten Staatsnotwendigkeiten dringlicher sind als die Wünsche der Eisenbahner.

Diese gewissenlose Gleichgültigkeit wird von den bürgerlichen Parteien in demselben Augenblick an den Tag gelegt, wo in den bürgerlichen Blättern das Gerücht verbreitet wird, die Regierung beabsichtigt, lediglich 19 Millionen Kronen für die Eisenbahner zu verwenden. Daß mit diesem Betrag die Wünsche der Eisenbahner auch nicht annähernd erfüllt werden können, ist so klar, daß man auch in dem Kreise der Regierung wohl wird kaum daran glauben können, daß damit Ruhe und Zufriedenheit hergestellt werden kann. Und schon deshalb wäre jetzt der Moment gewesen, der Regierung durch rasche Abstimmung im Hause den Willen des Parlaments kund zu tun und ihr klar und unzweideutig zu erklären, daß auch das Haus an den 38 Millionen unter allen Umständen festhält. Aber nachdem das demagogische Auftrumpfen, mit dem die Nationalverbändler auf die Ueberreichung der Forderungen durch die sozialdemokratischen Organisationen antworteten, vorüber ist, scheint es den Herren nicht weiter eilig und so gehen sie der dringlichen Behandlung, wo sie können, aus dem Wege. Man kann sich wohl daraus einen Begriff machen, wie es erst um die Forderungen der Eisenbahner aussehen würde, wenn die ehrenwerte Gesellschaft nicht den ständigen Druck der sozialdemo-

kratischen Organisationen spüren und deren Macht fürchten möchte! Aber die Herren sollen es sich wohl überlegen, noch länger mit dem Feuer zu spielen. So sehr sie sich auch heute bemühen, die Ingelegenheit zu verschleppen, es wird ihnen nicht gelingen, sich der unangenehmen Situation, wo sie werden Farbe bekennen müssen, zu entziehen. Die Situation ist heute so ernst, daß die Aktion, so unangenehm das den bürgerlichen Demagogen ist, zu Ende geführt werden muß. Aber auch der Regierung gegenüber sei diese Warnung mit allem Nachdruck wiederholt!

Die Verschleppung der Eisenbahnervorlage.

In der Plenarsitzung vom 28. v. M. erinnerte Abgeordneter Seitz in einer Anfrage an den Präsidenten daran, daß der Staatsangestelltenausschuß am 10. v. M. die Beratungen über die Eisenbahnerangelegenheiten beendet und einen Bericht erstattet für das Haus gewählt habe. Der Bericht liege aber dem Hause noch immer nicht vor. Er frage, ob dieser Bericht dem Präsidenten bereits überreicht worden sei, und wann derselbe ihm dem Hause vorzulegen gedenke.

Vizepräsident Dr. Conci erwidert, der Bericht sei gestern der Kanzlei übergeben und zum Druck übermittelt worden. Sobald er in Druck gelegt sein werde, werde er selbstverständlich dem Hause unterbreitet werden.

Die Überreichung des Berichtes des Ausschusses an das Haus.

Am 1. Dezember wurde endlich der Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Maßnahmen zugunsten der materiellen Besserstellung der Staatsbahner im Abgeordnetenhaus aufgelegt. Während die Regierungsvorlage für die Eisenbahnbeamten, Unterbeamten, Diener, Offizianten, Offiziantinnen und Arbeiter zusammen 14.000.000 Kr. betragen hatte, schlägt der Bericht des Staatsangestelltenausschusses zusammen 38.000.000 Kr. vor. Der Antrag lautet:

Beamte.

Für die Beamten ist eine Quartiergelberhöhung vorzusehen, welche sich auf die einzelnen Rangklassen folgendermaßen verteilt: Für den Assistenten beträgt das Quartiergeld 1000 Kr., für den Adjunkten 1300 Kr., den Revidenten 1500 Kronen, den Oberrevidenten 1700 Kr., für den Inspektor 1900 Kr. und für den Oberinspektor 2000 Kr. jährlich. Diesen Quartiergeldern entspricht ein jährliches Mehrerfordernis von 3.800.000 Kr. Da infolge der Einführung der Automaten sowie anlässlich der Verstaatlichung der großen Privatbahnen eine große Anzahl von Ungleichheiten in der Befolgung gleichwertiger und im Rang gleichstehender Beamten eingetreten ist (insbesondere bei der Nordbahn), was große Unzufriedenheit in der Beamenschaft erzeugt hat, wird für den Gärtenausgleich der Betrag von 800.000 Kr. eingestellt, der sich übrigens von Jahr zu Jahr vermindern wird. Es beträgt also der Gesamtaufwand für die Beamten 4.600.000 Kr. jährlich.

Unterbeamte und Diener.

Für diese Kategorie ist eine Quartiergelberhöhung von 25 Prozent vorzusehen, wobei das Mehrerfordernis jährlich 7.500.000 Kr. beträgt. Außerdem ist vorgesehen: a) Auflassung der Gehaltstufe von 1300 Kr. für Unterbeamte und Erhöhung des Endgehaltes der Unterbeamten auf 3000 Kr.; b) individuelle Erhöhungen der Werkmeister der Haupt- und Betriebswerkstätten, der Maschinen-, Bahn-, Brücken-, Gebäude- und

Signalmeister, Stationsmeister, Magazinmeister, Lokomotivführer, Oberkonduktoren, Platzmeister und Offizianten nach Erreichung der Gehaltstufe von 1600 Kr. zu Beamten ohne materielle Schädigung. Jahreserfordernis der Punkte a und b 800.000 Kr. jährlich; c) Erhöhung der Bezüge für die Manipulantinnen und Offiziantinnen 60.171 Kr.; d) Festsetzung der Vorrückungsfristen für sämtliche Diener bis zur Endgehaltstufe mit zwei Jahren, Erhöhung des Endgehalts der Diener auf 2000 Kr., was einen Mehranspruch von 1.050.000 Kronen jährlich bedingt. Für den Gärtenausgleich bei den Beamten und Unterbeamten, der nach dem Bericht des Staatsangestelltenausschusses in folgender Weise durchzuführen ist, daß allen Unterbeamten und Dienern, deren gegenwärtige Gehalte gegenüber ihrem jetzigen Vorrückungsschema um mindestens fünf, beziehungsweise zehn Jahre zurückstehen, die beiden nächsten Vorrückungsfristen um je ein Jahr zu kürzen sind, wobei die provisorische Dienstzeit berücksichtigt wird, ist der Betrag von 1.300.000 Kr. eingelegt. Die provisorische Dienstzeit soll dabei berücksichtigt werden.

Nachdienstzulage für Wächter und für die sie substituierenden Arbeiter mit einem Jahresaufwand von 4.000.000 Kronen.

Verschubzulage für das Vershuppersonal mit 2.400.000 Kronen.

Sonach beträgt der Gesamtaufwand für die Unterbeamten und Diener 16.810.000 Kr. jährlich.

Arbeiter.

Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter, und zwar bis zu 4 Kr. Tagelohn 20prozentige Erhöhung und für Arbeiter über 4 Kr. Tagelohn 15 Prozent Erhöhung. Bei den Affordarbeitsern entsprechende Erhöhung des Affordarbeitses. Für diese Lohnerhöhungen beträgt das Mehrerfordernis 10.000.000 Kr. jährlich.

Einführung der Lohnautomaten bei den Arbeitern, wofür 3.000.000 Kr. beansprucht werden.

Regelung der Arbeiterurlauben, Regelung einer Entschädigung für Überstunden mit einem Jahresaufwand von 1.600.000 Kr. Zur Verbesserung der Stabilisierung der Arbeiter werden jährlich 2.000.000 Kr. beansprucht.

Sonach ergibt sich für die Maßnahmen zugunsten der Arbeiter ein jährliches Mehrerfordernis von 16.800.000 Kr. Die Summe der Mehraufwendungen für alle Eisenbahnkategorien beträgt jedoch 38.010.171 Kr. im Jahre.

Diese Maßnahmen haben rückwirkend ab 1. Oktober 1911 in Kraft zu treten.

Die Begründung des Antrages.

In der Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß sich die Maßnahmen der Regierung vornehmlich auf die Quartiergelberhöhung und den Gärtenausgleich beziehen. Der Bericht hat an diesen Grundlinien festgehalten und nur eine den notwendigen Bedürfnissen entsprechende Erhöhung der Ziffern vorgenommen. Es handelt sich hierbei um Forderungen der Eisenbahner, die längst bekannt sind und von der Staatsbahnverwaltung wiederholt als berechtigt anerkannt wurden. Eine Analogie zwischen den Staatsangestellten und den Eisenbahnern ist hier nicht am Platz. Die Bezüge der Staatsangestellten und der Eisenbahner haben stets stark differiert. Besser kommt auch der Dienst, den die Eisenbahner leisten, in Betracht, der in vielen Fällen höher gewertet werden muß, was insbesondere vom Verkehrsdienst gilt, wo der Beamte infolge der großen Verantwortlichkeit seiner Stellung stets mit einem Fuß im Arminial steht. Endlich wird auf die materiellen Mehrleistungen, denen der Eisenbahner

mehr als irgendein Staatsangestellter infolge seines Dienstes ausgesetzt ist, verwiesen, und die Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel erwähnt.

Der Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Tomshil und Genossen hatte eine Gesamtaufwendung von 69 Millionen Kronen enthalten. Ueber die Bedeutung der 38 Millionen sagt der Bericht, daß der größte Teil der 38 Millionen Kronen von der Staatsbahnverwaltung in eigener Regie bestritten werden könnte, ohne den Steuerträgern neue Lasten aufzuerlegen, und zwar durch weitestgehende Einschränkung der Refaktien an einzelne Unternehmer und Industrielle und völlige Aufhebung der Refaktien an kartellierte Unternehmungen. Ebenso wird eine gründliche Reformierung der heutigen Personalwirtschaft im Sinne einer bedeutenden Reduktion des Personalstandes bei den Staatsbahndirektionen und im Eisenbahnministerium große Ersparnisse ergeben. Auch eine großzügige Reorganisation der Staatsbahnverwaltung wird zur Verminderung der Ausgaben wesentlich beitragen.

Die Sozialdemokraten für die rasche Behandlung.

Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hat beschlossen, den anderen Parteien mitzuteilen, daß er für den Fall, als in der nächsten Sitzung das Budgetprovisorium nicht vom Ausschuss erledigt werden sollte, den Tagesordnungsantrag stellen wird, sofort in die Verhandlung der Eisenbahnvorlage einzutreten.

Konferenz des Aktionskomitees.

Nachdem, wie wir an anderer Stelle berichten, der Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner erst nach Beendigung der Budgetdebatte im Parlament verhandelt werden soll, fand am 7. d. M. eine Sitzung des Exekutivkomitees der organisierten Eisenbahner Österreichs statt, in der beschlossen wurde, im Laufe der nächsten Tage das in der Reichskonferenz vom 3. September 1911 gewählte Aktionskomitee zu einer Konferenz nach Wien einzuberufen, in der die erforderlichen Beschlüsse mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation gefaßt werden sollen.

Das hygienische Lohnminimum.

Die Behauptung, daß das Lohnminimum ein wichtiges Kultur-Element darstellt, ist keine bloße Lebensart, sondern ein auf den Tatsachen fußender Erkenntnisgrund der sozialen Wissenschaft. Die durchschnittliche Höhe des Lohnes, den die Arbeiterschaft in irgendeinem Land bezieht, schafft von selbst die breiteste Grundlage für das Kulturniveau, auf dem sich die Lebenshaltung der Bevölkerung bewegt. Die Frage des Arbeitslohnes ist daher nicht bloß für die Arbeiterschaft allein von Bedeutung, sondern auch die menschliche Gesellschaft hat vom rein produktions-technischen und auch vom kulturellen Standpunkt aus alle Veranlassung, daß das Lohnproblem anders noch als vom reinen Unternehmerrstandpunkt aus behandelt werde. Denn wie der Arbeiter lebt, wie er wohnt und was er isst, das ist nicht bloß seine rein persönliche Angelegenheit, sondern wird mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung immer mehr zu einem sozialen Problem.

Feuilleton.

Vor zwei Urnen*).

Wenn die Flamme glüht,
Wenn die Asche sprüht,
Eisen wir den alten Göttern zu.

Paul und Laura Lafargue, deren flammengeläuterte Nester das Kolonarium des Père Lachaise am Sonntag aufgenommen hat, haben in der Tat gleich dem Brautpaar von Morin in dem heidnischen Geist des ungerichtbaren, selbstherrlichen Lebens ein Opfer dargebracht und in der Sterbestunde in antikem Gleichmut gleichsam in Zeus, Apollo und Dionysos kommuniziert. Der Gedanke an die Lehre der Stoa drängt sich auf, an die „Ergasie“, das freiwillige Verlassen des nicht mehr lebenswerten Lebens, das ihre Meister gerechtfertigt und manche selbst vollbracht haben. Der Christ aber, der, trotz seiner Jenseitsgewißheit, der letzten Stunde zitternd entgegenblickt, wird sich verwundert fragen, wie aus einem entschieden optimistisch gerichteten, des Unsterblichkeitsglaubens baren Atheismus diese logisch motivierte Verneinung des Daseinswillens, dieser gefakte, gütliche Abschied von der Existenz herborgehen könne.

Das Heidentum ist in der Tat der Grundzug in Paul Lafargues Wesen. Er ist — vor Nietzsche — ein „Antichrist“. Aber er ist es ohne innere Kämpfe mit einer romantischen Metaphysik geworden. Die griechisch-römische Kultur ist im französischen Süden der Erdrückung durch die Kirche nicht vollständig erlegen. Sie schlägt unter günstigen geschichtlichen Bedingungen — wie in der Renaissance, die etwas ganz anderes ist als in der Gelehrtenstube wurzelnde nördliche Humanismus — elementarisch durch. Will man Massenpsychologie treiben, was ja allerdings immer etwas Gewagtes und — bei Anwendung auf den Einzelfall — etwas Spielerisches hat, so wird man wohl geneigt sein, manches Sprunghafte, Kladdernde, Kindlich-Unbedenkliche in Lafargues geistigem Wesen auf den starken Einschlag fremder Rassen zurückzuführen. Denn er ist, von Vaters Seite her, der Enkel einer Mutlavin, von mütterlicher Seite der Enkel eines — offenbar

spaniolischen — Juden und einer Arabin, das heißt Indierin. Dieser merkwürdigen Mischung hatte er wohl die Leibesgeschicklichkeit zu verdanken, die den frühzeitig schneeweißen Charakterkopf mit seinem gewinnenden Lächeln in jeder Versammlung hervortreten ließ.

Aber wenn er doch in seinem unbedingten Vertrauen auf die Macht der Vernunft intellektuell von den Alten abstammte, so doch auf dem Umweg über die Enghirseln. Er gehört zu diesen mit seinen Vorzügen, mit seiner selbstbewußten Entschlossenheit, eine neue geistige Welt aufzubauen, wie mit seiner Schwäche, die faszinieren ewig wahre menschliche Natur in der Urzeit aufzusuchen, was natürlich nicht ohne eine unbewußte, mindestens subjektive Verklärung abgeht. Darin, daß er die Urgesellschaft etwas zu voraussetzungslos auf die revolutionäre Ruhanwendung hin betrachtet, gehört er dem 18. Jahrhundert an. Und fast möchte man seinen letzten Schritt in Beziehung mit dieser Vorlesung bringen, wenn man an die Anmerkung im „Recht auf Faulheit“ denkt, wo er sagt: „Die Indianer der kriegerischen Stämme Brasiliens töten ihre Feinde und ihre Greise und sie bezeugen ihre Freundschaft, indem sie einem Leben ein Ende machen, das nicht mehr durch Kämpfe, durch Feite und Tänze erheitert wird. Alle Völker haben den Jähren diese Neigungsbezeugung erwiesen.“

Aber was ihm in der Literatur des französischen Sozialismus seine historische Stellung gibt, ist seine Verknüpfung der proletarischen Revolution mit dem individuellen Optimismus und dem selbstigen Idealismus des mit allen Sinnen zugreifenden Menschen. Der wissenschaftliche Sozialismus stammt, wenn auch vom französischen Sozialismus merklich befruchtet, doch zunächst von der deutschen rationalistischen Philosophie ab. Die französische Revolution wiederum hatte in ihrem vorantreibenden kleinbürgerlichen Element den Jakobinismus, die Rousseausche Ideologie der kulturlosen Natürlichkeit, die tugendhafte Selbstbescheidung und einen etwas protestantischen Verdacht gegen die unbedingten Triebe an die Oberfläche gebracht. Lafargue hat nun mit seinem prachtvollen Temperament die Rechte des Genusses verkündigt, den Sozialismus als eine Verwirklichung der allgemeinen Lebensfreude hingestellt. Sein Protest gegen die bürgerliche Tugend nimmt den englischen Aesthetizismus der Morris, Wilde und Shaw nur mit mehr Temperament vorweg und berührt sie gleich diesem zuweilen mit dem romantischen Haß gegen den gegebenen gesellschaftlichen Fortschritt. Dies tritt wohl am stärksten im „Recht auf Faulheit“ hervor, das — als persönliches Dokument betrachtet — überhaupt seine Hauptchrift ist, freilich aber in seiner übermütigen Freude an Paradoxen und ironischen Übertreibungen für unsichere Anfänger im Sozialismus als eine recht bedenkliche Lektüre gelten muß. Aber wo findet sich in der ganzen sozialistischen Literatur ein Phantasiestück wie das vierte Kapitel: „Aneue

Löne, neue Lieder“, wo das Fächerspiel des Boletisten in einen geistigen Tanzrhythmus übertritt und in einem, von rabelaischem Gelächter erfüllten bacchantischen Karneval der Geister versprüht!

Indes wäre es doch eine ganz arge Verkennung, wenn man in dieser Vrabourleistung das ganze geistige Werk Lafargues zu erfassen glaubte. Dieser Genußprediger hat vielmehr sehr ernste wissenschaftliche Studien getrieben — in einem ruhigen Gelehrtenheim trotz mannigfacher unermüdlicher Teilnahme am öffentlichen Leben weit mehr vom flüchtigen Lärm des Tages entfernt als mancher mondaine deutsche Professor der Nationalökonomie. Sicherlich — nicht alle Schlässe seines Denkens halten einer strengen Prüfung stand. Manche seiner religionsgeschichtlichen Hypothesen sind allzu voreilig entwickelt, und wo er von den Anfängen der Mathematik spricht, wird man doppelt an das Kapitel gemahnt, das Blaise Pascal über die häufige Sonderung zwischen dem Geist der Geometrie und dem der Feinesse geschrieben hat. Aber überall, in seinen Schriften wie in seinen Artikeln, spürt man doch die fesselnde Natur und die Kraft eines kühnen, eigenartigen, interessanten Geistes.

Hatte er wirklich nichts mehr zu geben? Die lange Vorbereitung der Selbsttötung deutet eher auf eine vorgefaßte — und wie glücklicherweise zahlreiche Beispiele zeigen — falsche Theorie von der naturnotwendigen Unkraft des Alters. Und ist es wahr, daß das Greisenalter keine Freuden und Genugtuungen mehr zu empfangen hat? Vielleicht ist unsere Zeit mit ihrem wilden, rücksichtslosen Kampfe des einzelnen in der Tat keine Stätte für Greisen Glück. Wir haben wohl das „Recht des Kindes“, die Sicherung seiner besonderen Bedürfnisse und Lebenswerte als eine soziale Notwendigkeit entbedt. Der Greis ist in unserer Epoche der Umwälzungen zweifellos schlechter daran als in Tagen, da die natürliche Erfahrung des Alters als Wissen gelten konnte. Aber darum bleibt es doch ein beklagenswerter Irrtum, den Malthusianismus sozusagen am anderen Ende zu präzisieren. Was unsere Zeit vor der früheren auszeichnet, ist das erwachte Solidaritätsbewußtsein, das eine individuelle Lösung für die Nöten und Enttäuschungen des Lebens zurückweist. Jeden einzelnen bringt die kapitalistische Ordnung um kostbare Entwicklungsmöglichkeiten des Körpers und des Geistes; aber der Sozialismus zieht daraus nur den Schluß auf den notwendigen die Gesellschaft überlebenden, aber von den Lebenden bis zur natürlichen Grenze ihrer Kräfte geführten Kampf. Daß Paul Lafargue ihn vor der Zeit abgebrochen hat, müssen wir beklagen. Aber in seinem zukunftsblühenden Abschiedsgruß ruft er uns zu, den Kampf fortzusetzen, und der Blick auf unsere Waffen, deren manche wir seiner künftigen Hand verdanken, gibt uns solche Gewißheit, daß uns an seiner Urne Trauer aber nicht Ennuitung überkommen kann.

Paris.

Otto Böhl.

*) Paul und Laura Lafargue sind, wie unseren Lesern aus der Parteipresse bekannt sein wird, vor etlichen Tagen freiwillig aus dem Leben geschieden. Laura Lafargue war eine Tochter von Karl Marx. Paul Lafargue, der flammende Redner des französischen marxistischen Sozialismus, der in den letzten Jahren sich ganz auf das schriftstellerische Gebiet zurückgezogen hatte, schied unverwundlich mit seiner Gattin aus dem Leben, weil er befürchtete, geistiger Ermüdung zum Opfer zu fallen. Dem Abschied des greisen Paares vom Leben widmet Otto Böhl in der „Arbeiter-Zeitung“ die vorstehende geistvolle Betrachtung.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind auch die Gewerkschaften seit je von allen Vernünftigen und Einsichtigen als Instrumente der Kulturentwicklung betrachtet worden. Denn, sobald es feststeht, daß ihre Aufgabe darin gipfelt, der Arbeiterschaft dazu zu verhelfen, daß ihr im Wege des Lohnes ein größerer Teil des von ihr erzeugten Mehrwertes zurückerstattet werde, ist ihre soziale und kulturelle Wirksamkeit über allen Zweifel erwießen. Das Lohnproblem, das damit von selbst in den Mittelpunkt aller gewerkschaftlichen Tätigkeit gestellt ist, gewinnt nun aber gerade in Zeiten der steigenden Warenpreise an erhöhter Bedeutung. Denn es ist klar, daß für den Arbeiter und für die an dessen Wohlstand mitinteressierte Gesellschaft nicht der Reallohn allein den Ausschlag geben könne, sondern daß gerade das Problem darin liegt, welche Kaufkraft dem Geld, das der Arbeiter für seine Arbeit erhält, innewohnt. Wir haben nun gerade die letzten Jahre hindurch die schon zur Trostlosigkeit hinneigende Wahrnehmung machen können, daß der Reallohn des Arbeiters immer weniger für die Beurteilung seiner Lebenshaltung herangezogen werden kann, weil die Löhne, obwohl eine Steigerung derselben unzweifelhaft feststeht, von der Preissteigerung der Waren wieder auf das alte Niveau gebracht und zum Teil sogar überholt worden sind. Feststeht vor allem, daß alle wissenschaftlichen Betrachtungen des Teuerungproblems, wie wir es heute vor uns haben, darin übereinstimmen, daß die höchste Spannungsgrenze der in der letzten Zeit rapid gestiegenen Lebensmittelpreise noch keineswegs erreicht ist, und daß noch weitere unangenehme Überraschungen in dieser Richtung bevorstehen, ohne uns nun in dem engen Rahmen eines Aufsatzes auf die vielbesprochenen Ursachen dieser Erscheinung selbst einzulassen, sei nur nebenbei auf die Tatsache hingewiesen, daß die Teuerung selbstverständlich in Ländern mit hohen Agrarzöllen stärker wirkt, als dort, wo man noch die Lebensmittel ungehindert vom Ausland beziehen kann. Hier kommen eben, wie das zum Beispiel in Oesterreich der Fall ist, zu den allgemeinen volkswirtschaftlichen Ursachen noch die ganz speziellen, die rein politischer Natur sind, hinzu.

Die Frage, die sich also auf Grund solcher Erwägungen aus dem Teuerungsproblem ergibt, ist daher zunächst die, in welcher Weise die Lebenshaltung der breiten Massen für die Dauer durch den ansteigenden Druck beeinflusst wird. Die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter war, soweit gerade die Ernährung in Betracht kommt, nie die beste, und sie hat sich erst in den letzten Jahren speziell in den Städten einigermaßen gebessert, was ohnehin auf das Konto der von den Gewerkschaften mit vielfachem Erfolg durchgeführten Aktionen gebucht werden kann. Aber trotz der erreichten Besserungen, die in den Ziffern der Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik ihren Ausdruck findet, läßt sich wohl kaum behaupten, daß die Ernährung unter der Arbeiterschaft vom wissenschaftlichen Standpunkt aus heute schon als eine zureichende angesehen werden kann. Nach der bis heute noch immer nicht widerlegten Voit'schen Ernährungslehre soll die Nahrung, die der Mensch täglich verbraucht, enthalten 145 Gramm Eiweiß, 100 Gramm Fett und 447 Gramm Kohlehydrate, wozu nach Professor Voit neben der gewöhnlichen gemischten Nahrung, täglich 230 Gramm gutes Fleisch für einen arbeitenden Menschen nötig ist.

Daß nun die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer Allgemeinheit sich keineswegs an die Voit'sche Regel zu halten vermag, das hat vor einiger Zeit ein deutscher Gelehrter für Deutschland nachgewiesen, wo, wie man zugeben wird, die Lebenshaltung der Arbeiter noch eher höher als in Oesterreich ist. Professor Lichtenfeld hat nämlich die amtlichen Enquêtes über die Ausgaben der Arbeiter im Deutschen Reich untersucht, und daneben auch eigene circa 13.000 Arbeiter umfassende Erhebungen angestellt. Er gelangt nun dabei zu dem Ergebnis, daß, um die 3000 Wärmeeinheiten zu liefern, welche die Nahrung dem erwachsenen Mann bereitzustellen soll, in der Haushaltung des ledigen Fabrikarbeiters ein tägliches Mindesteinkommen von Mk. 2.24 notwendig wäre; für Familienhaushalte erhöht sich diese Ziffer notwendig. Dieses Mindesteinkommen dürfte aber, wie Lichtenfeld feststellt, nur in der chemischen und in der Maschinenindustrie erzielbar gewesen sein. „Die übrigen Industrien erzielen eine den jetzigen physiologischen Anforderungen entsprechende Position nicht.“ Professor Bauer, der die Wirtschaftsrechnungen schweizerischer und deutscher Arbeiter weiter untersucht, und sich dabei das wertvolle Material von Lichtenfeld zunutze gemacht hat, meint nun, daß sich das Nahrungsmitteldefizit in der deutschen Krankheitsstatistik am deutlichsten bemerkbar mache, indem Arbeiter, die sich infolge der Teuerung am wenigsten Nahrungsmittel anschaffen können, die längste Krankheitsdauer aufweisen. Und so kommt Professor Bauer zu dem Satze: „Das Mangel an animalischen Eiweiß, das sich die Arbeiter durch die Kaufkraft ihres Lohnes in einer Industrie verschaffen können, steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer relativen Krankheitsdauer. Je weniger tierisches Eiweiß verfügbar ist, desto stärker ihre Krankheitswahrscheinlichkeit.“ Und daraus folgert Bauer weiter, „erstens, daß es ein hygieni-

sches Lohnminimum gibt, welches sich berechnen läßt; zweitens, daß dieses Minimum den Reallohn erfassen muß, und daß jede Quote der Lohnempfänger, die das hygienische Lohnminimum überschreitet, und der Grad dieser Überschreitung die sichersten Wohlfahrtsymptome darstellt. Je größer diese Quote und je weiter die Distanz der Mehrzahl ihrer Teilnehmer vom hygienischen, desto höher das Kulturminimum, desto leistungsfähiger die Arbeit und desto vielseitiger die Industrieentwicklung.“

So sehr vielleicht diese Darlegungen nur das wiederholen, was in der parteilosen Wissenschaft als längst bekannte Erkenntnislehren gelten können, so nötig ist es gerade jetzt, diese Tatsachen aufzuzeigen. Die Statistik und die Enquete, diese einzig zulänglichen Hilfsmittel des sozialen Fortschritts, genießen in Oesterreich eine stiefmütterliche Beachtung. Und soweit irgendwie deren Ergebnisse vorhanden, sind sie durch die Brillen des staatlichen Bürokratismus gesehen. Aber daß die Resultate solcher einwandfrei vorgenommenen Erhebungen gerade bei uns zu weit trostloseren Ergebnissen führen müßten als anderswo, darüber besteht für den, der unsere Arbeiterverhältnisse kennt, kein Zweifel. Die Kaufkraft des Lohnes aber sinkt bei der unheimlich und bedrückend fortschreitenden Teuerung von Tag zu Tag. Wohin aber führt diese wahrnützige Preistreiberi, wenn damit die immer weitergreifende Entwertung des Lohnesinkommens noch weiterhin unter das hygienische Lohnniveau sinkt? Es ist kein Zweifel, daß wir heute vor schweren hygienischen und gesundheitlichen Gefahren stehen, aus denen heraus der moderne Staat die schwerste Blutschuld auf sich ladet, wenn er seine schaffenden Kräfte durch Unterernährung zerstört und dezimiert. In dieser Zeit aber, wo das Uebel Markt und Kraft der Bevölkerung aufsaugt und Regierung und bürgerliche Parteien im Parlament tatenlos zusehen, bleibt der Arbeiterklasse nur der einzige Weg, durch Stärkung ihrer Organisationen und Vermehrung ihrer Widerstandskraft sich auf immer neue Kämpfe vorzubereiten, in denen sie sich Gesundheit und Kultur erobern kann!

Lehrreiche Erscheinungen.

I.

Der marxistische historische Materialismus, der die Erkenntnis jener beweglichen Kräfte zeitigte, welche die heute geltende Gesellschaftsordnung beherrschen, wird so oft verkannt, und als eine verfehlte und destruktive Lehre verworfen. Die auf dieser Lehre Marx' begründete und emporgewachsene Sozialdemokratie wird noch immer als doktrinar beschuldigt und ihr Endziel auf Beseitigung der Klassengegensätze mit Hilfe der Vergeistlichung des Privateigentums — ist bis heute noch das Ziel der Verpötlung von Seiten der Feinde des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes.

Noch alles Verleumdungen der Sozialdemokratie und die Verkenntung dieses Angelpunktes ihres Programms ist vergeblich. Marx' historischer Materialismus erhält durch die Tagesereignisse — ob hier oder dort — glänzende Bestätigung; er ist eine absolute reale Lehre. Denn die Tatsache, daß alle Ereignisse der Welt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte bedingt werden, wird immer augenfälliger.

Auch in Oesterreich. Auch hier wird die Kluft zwischen der Klasse der Besitzenden auf der einen und der Klasse der Ausgebeuteten auf der anderen Seite immer größer. Eine kleine Schicht der Finanz-, Industrie- und Agrarkapitalisten, welche bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Reichsrat das ganze staatliche Leben ganz allein beherrscht hatte, räumt unter beständigem Widerstand ihre alte Positionen, dem Druck eines neuen Faktors, des auf sozialdemokratischer Grundlage organisierten Proletariats, nachgebend.

Ein Kampf auf Tod und Leben wurde zwischen diesen zwei Klassen bei uns in Oesterreich erst mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes so recht offenkundig. Das österreichische Proletariat, durch fortwährend steigende Teuerung, die Ungewißheit der Existenz, Hoffnungslosigkeit in der Zukunft — bis das Alter und die Arbeitsunfähigkeit eintreten — vorwärtsgetrieben, scharte sich in großer Anzahl um die Fahne der Sozialdemokratie und kam zu der Erkenntnis, welche entscheidende Aufgabe den wirtschaftlichen Kräften in der Entwicklung zufällt. Darum suchte man die Wege zur Erlangung eines Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung. Und weil der breiteste und direkteste Weg die politische Macht ist, so stürzte sich das österreichische Proletariat in den Kampf um das allgemeine Wahlrecht, welcher endlich siegreich beendet wurde. Der Sieg wurde aber in erster Linie erst durch die eigene wirtschaftliche Macht errungen! — Die Arbeitskraft der Arbeiterschaft, diese Schöpferin unzähliger Werte und ungezählter Kapitalien, war es, die in diesem politischen Kampfe den entscheidenden Faktor bildete.

Die erste passive Resistenz auf den österreichischen Eisenbahnen im Jahre 1905 und der drohende Generalstreik der Arbeitermassen waren die mächtigen wirtschaftlichen Kräfte, welche den schweren Kampf des österreichischen Proletariats zum Siege führten. Doch kämpfte das Proletariat nicht nur darum, um das Wahlrecht um mit ihm einige Mandate zu erringen, sondern hauptsächlich darum, um sich des erbitterten Wahlrechtes und der Mandate als Mittel zu einer weiteren Erringung wirtschaftlicher Erfolge zu bedienen.

Wenn also im Jahre 1905 der Kampf geführt wurde, um die politische Macht zu erlangen, so tragen die

Bestrebungen des Proletariats in den letzten Jahren das Merkmal an sich, die politische Macht in der wirtschaftlichen Entwicklung zu betätigen und auszunutzen. Im Jahre 1905 war die wirtschaftliche Misere der Arbeitermassen die stärkste bewegliche Kraft. Ein furchtbares Elend und Hunger trieben die Wut des ausgebeuteten Volkes bis auf die Messerspitze. Demonstrationen, Krawalle fanden statt, ja an manchen Orten farbte Menschenblut das Straßenpflaster. Die Eisenbahner, auf dem Boden des Gesetzes stehend, unterbanden durch die passive Resistenz eine Pulsader des staatlichen Lebens nach der anderen. Im Jantennil des Ministerpräsidenten sah damals jener Mann, der sich vor einigen Tagen — hoffentlich auf Nimmerwiedersehen — empfehlen mußte — Baron Gautschi.

Nun kommt aber die Regierung, um die Kapitalisten vor den Wirkungen der wirtschaftlichen Aktion der Arbeiterschaft zu schützen. Sie erklärt, daß die Eisenbahnbediensteten kein Recht haben, eine solche Aktion in Szene zu setzen, da sie einem öffentlichen Unternehmen dienen, ja sie droht, ihre Exekutivgewalt anzuwenden, das Militär zum Eisenbahndienst einzuberufen, und sie bedient sich gegen das demonstrierende Volk des Gespenstes des Ausnahm- und Standrechtes.

Zum Ausdruck, sollten nur die Kapitalisten, die Besitzenden ein Recht zu leben besitzen? Ist die Regierung als Exekutivorgan des Staates eher dazu berufen, die Bürger des Staates vor einer verbrecherischen Erpressung und vor dem Hunger zu schützen? Was für ein Urteil müßte sich das hungernde Volk über einen solchen Rechtsstaat bilden, welcher zuerst durch Jahrzehnte das Volk durch eine Handvoll von Kapitalisten und Spekulanten ausbeuten läßt, ja ihnen noch hilft und dann, wenn das hungernde Volk gegen eine solche unermeßliche Steigerung des Elends und der Not sich zur Wehr setzen will, ihm mit Militärgewalt entgegentreten und Galgen aufhängen will?

Es bestehen Gesetze, sagt die Regierung! Freilich, sie bestehen. Aber es sind Gesetze, die das fleißig arbeitende Volk zum Hungertod verurteilen, und solche Gesetze werden und können nie respektiert werden. Der Selbsthaltungstrieb schert sich um solche Gesetze nicht und geht über sie, sei es ruhig oder stürmisch, zur Tagesordnung über. Das lehrt uns die Geschichte in unzähligen Fällen und darüber belehren uns geschichtliche Ereignisse aus der Gegenwart: in England, Frankreich, Spanien etc.

Werden unsere österreichischen Staatsmänner aus der Geschichte lernen? Es scheint nicht, trotzdem die große Stube der Weltgeschichte angelweilt offen ist und trotzdem sie tagtäglich die praktischen Lehren des großen Schulmeisters: des historischen Materialismus hören.

Schon im Jahre 1907 wurden die Wahlen in den Reichsrat im Zeichen einer unerträglichen Teuerung abgeführt. Die Herren Kandidaten — und besonders die aus den Städten — versprachen der Wählerchaft feierlich die energischste Hilfe gegen die Teuerung. Kein Kandidat wollte seine Wählerchaft fränteln und jeder versprach das Blaue vom Himmel. Kaum aber daß er gewählt war, brach er das gegebene Wort. Alle bürgerlichen Abgeordneten — bis auf sehr seltene Ausnahmen — stimmten die Teuerungsanträge der Sozialdemokraten nieder. Der neue österreichische Zolltarif, welcher die österreichische Bevölkerung der agrarischen Spekulation und den magyarischen Schweinehändlern auf Gnade und Ungnade ausliefert, wurde mit den Stimmen der bürgerlichen deutschen und tschechischen Abgeordneten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten trotz aller Warnungen derselben angenommen. Und als in diesem Jahre die Sozialdemokraten im Parlament neue Teuerungsanträge stellten, wurden sie neuerdings von der bürgerlichen Majorität überstimmt; dies geschah trotz aller Versprechungen, daß sie Hilfe gegen die Teuerung bringen.

Keiner von den bürgerlichen Abgeordneten will die Regierung böse machen und darum stimmt er für die Forderungen des Militarismus und Marinismus, für neue Steuern und gegen die Volksnotwendigkeiten. Zu Hause aber, vor den Wählern, spielt er eine elende Komödie, indem er nachzuweisen versucht, daß die Regierung nicht so viel Geld hat, um den „übertriebenen“ Forderungen der Sozialdemokraten zu willfahren, die es ohnehin nicht ernst meinen, indem sie einerseits an die finanziellen Mittel des Staates große Anforderungen stellen, andererseits aber immer gegen das Budget stimmen. Die Pharisäer! Sie verschweigen absichtlich, daß die Sozialdemokraten prinzipiell gegen die horrenden Militäraufgaben stimmen, nicht aber gegen die faktisch notwendigen Bedürfnisse des Volkes. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerlichen Abgeordneten die berechtigten Forderungen des Volkes nicht anerkennen wollen, denn sie fühlen nicht mit dem Volke, sie kennen seine Schmerzen und sein Elend nicht, da sie gewöhnt sind, in dem Volk den Born zu sehen, aus dem sie für ihre eigene Wohlfahrt schöpfen können. Damit nur sie in Wohlleben schwelgen können, damit nur ihre Kinder die beste Erziehung genießen können, um später Vermögen zu erwerben, Ämter, Würden und Auszeichnungen zu erringen: darum muß das so schwer arbeitende Volk Elend erleiden und die Kinder der Proletarier sind nur noch dazu gut, um sie in die blaue Uniform zu stecken und sie schließlich auf die Straße zu senden, um „Ordnung zu machen“, wenn das Volk etwas lauter spricht, als es den Ausbeutern lieb ist.

Klassenkampf und Tageskampf.

I.

Die Sozialdemokratie bezeichnet sich selbst als die einzig berufene und legitimierte Vertreterin der Interessen der arbeitenden Massen. In der Tat selbst ist auch bis zur Erweckung des sozialistischen Bewußtseins unter der Arbeiterschaft, wie es in Deutschland und etwas später in Oesterreich durch die zündende Agitation Ferdinand Lassalle's geschah, von anderer Seite kaum ein ernstlicher Versuch gemacht worden, eingehend

die Probleme der Arbeiterfrage zu untersuchen und zu studieren. Von Bischof Ketteler, dem Repräsentanten des wahren christlichen Sozialismus, dem heute so gerne der Versuch nachgerühmt wird, die moderne Arbeiterfrage richtig erfasst zu haben, bleibt wohl nur die eine Tatsache aufrecht, daß es ihm nicht an wirklicher Ehrlichkeit und innerlicher Absicht gemangelt hat, wie dies heute bei den Epigonen des christlichen Sozialismus wohl fast durchwegs der Fall ist. Aber was ihm auch fehlte, war die richtige Erkenntnis von dem großen geschichtlichen Werden, von dem neuen ökonomischen Prozeß, der mit dem Aufstieg des modernen Kapitalismus vor sich ging und der für die unterdrückte arbeitende Klasse andere Ideale erfordert, als wie das alte Urchristentum, das in einem ökonomisch anders gearteten Zeitalter wurzelte, für die Menschheit gelehrt hatte. Für Ketteler war die Arbeiterfrage nicht mehr als ein ethisches Problem und von einer Ausgleichung der Klassen-gegensätze ist daher auch bei ihm nirgends die Rede. Am Ende seines Lebens, wo man das Urteil wohl als das Ergebnis einer gereiften Auffassung betrachten darf, äußerte er sich noch in einem Hirtenbrief über die Arbeiterfrage:

„Die Mühe der Arbeit ist die Buße, die Gott selbst allen Menschen auferlegt hat. Wer alle Mühen der Arbeit und der treuen Pflichterfüllung in diesem Geiste sein Leben hindurch freudig trägt, der führt ein wahrhaft bußfertiges Leben, wenn er auch sonst keine ernstlichen Bußwerke verrichtet, und er kann hoffen, daß ihm die Buße hierfür in einem anderen Leben erlassen wird. Bei der Mühe der Arbeit sollen wir ferner daran denken, daß sie uns alle Segnungen und Gnaden einbringt und daß immer Ruhe, Frieden, Freude und Zufriedenheit schon hier auf Erden der Lohn für die Mühe der Arbeit sind. Bei der Mühe der Arbeit sollen wir endlich unsere Augen oft und viel auf Christus wenden. Wer oft bei der Arbeit an das mühevollen Leben Christi sich erinnert, wird sich nicht mehr über Mühe beklagen und sie geduldig ertragen. Er wird erkennen, daß er kein Nachfolger Christi sein kann, wenn er die Mühe des Lebens mit Widerwillen erträgt.“

Hier haben wir das unverfälschte Rezept, wie es die christliche Staatskirche seither gegen alle sozialen Uebel bereithält und wie es auch in der berühmten Enzyklika des Papstes Leo des XIII. neuerlich enthalten ist. Mit diesem Geist erfüllt, sind die christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften, wie sie unter Mitwirkung des Klerus entstanden sind, nie eine wirkliche Massenbewegung geworden, die die Bedürfnisse und das Fühlen der Arbeiterschaft erfasst, und so als deren ernsthafte Vertretung hätte angesehen werden können. Eine Welt der Vergangenheit lag als Scheidewand zwischen der Gegenwart und den neuen Anschauungen der arbeitenden Klassen. Die Lösung der Arbeiterfrage durch den christlichen Sozialismus glich so einem Versuch mit untauglichen Mitteln.

Über die bürgerliche Welt wollte mit dem Sozialismus dennoch fertig werden. In das Erdreich, das Lassalle durch seine flammende Agitation gelockert hatte, fiel der Same einer neuen wissenschaftlichen Erkenntnis, die Marx und Engels mit ihrem epochalen Lebenswerk unter der Arbeiterklasse vorbereitet hatten. Aus der bloßen gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Unvernunft der herrschenden Gesellschaftsordnung wurde eine auf nationalökonomischer Basis gefestigte klare Weltanschauung, in der man ein bestimmtes unverrückbares Ziel und die durch die vorausbestimmte Entwicklung vorgeschriebenen Wege hierzu sah.

So sehr nun aber der wissenschaftliche marxistische Sozialismus seine Grundanschauung darin hatte, daß einzelne wenige immer größere Massen von Reichtum und Macht sammeln, wodurch gleichzeitig die Masse des Elends, der Knechtschaft und des Druckes wächst, so sehr hatte er, wie das bereits im kommunistischen Manifest ausgesprochen ist, gleichzeitig die Erkenntnis geschöpft, daß damit „auch der Widerstand und der Gegendruck wächst“. Unter der rein mechanischen Tendenz, die vom Kapitalismus und seiner fortschreitenden Entwicklung ausgeht und die in der Verelendung immer größerer Massen besteht, wird zu gleicher Zeit eine Gegentendenz als psychologische Wirkung hervorgerufen, die die Massen zur Sammlung, zur Organisation und Vereinigung ihrer Kräfte veranlaßt, um so der herabdrückenden Tendenz des Kapitalismus zu begegnen.

In dieser präzisen Art, wie die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in der berühmten und viel umstrittenen Stelle des kommunistischen Manifestes formuliert sind, liegt zugleich der Grundgedanke von den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften, die diesen in der sozialistischen Bewegung zukommt, und deren Bedeutung von Marx nirgends geleugnet worden ist. Sie sind jene mächtige, durch die kapitalistische Entwicklung selbst hervorgerufene Gegentendenz gegen dessen die Lebenshaltung herabsenkenden Wirkungen, die es verhindern, daß die Verelendung absolut und uneingeschränkt Platz greift, und die den Aufstieg und die Gegenwehr der arbeitenden Klassen garantieren. So sind sie zu einem gewaltigen Fundament der proletarischen Bewegung überhaupt geworden.

Die bürgerliche Welt, die also anders als mit der sehr bald bankrott gewordenen Gewaltpolitik mit der Klassenkampf Bewegung der Arbeiterschaft fertig

werden wollte, versuchte nun zunächst in schlauber Berechnung diese mächtige und ständig anwachsende gewerkschaftliche Bewegung mit ihrem Geiste zu erfüllen. Ging das auch nicht mit dem Geist der christlichen Staatskirche allein, so sollte es auf andere Weise versucht werden, den großen Spalt zu überbrücken. Die Art, wie das versucht wurde, mußte der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Gestaltung des Landes angepaßt sein. So sehen wir in England nach Ueberwindung von härtnächtigen Kämpfen, die um die Anerkennung der Gewerkschaften geführt werden mußten, eine Periode einer scheinbaren Klassenversöhnung, wo der Gedanke der Neutralität die gewerkschaftliche Bewegung durchsetzt und ihr alle Merkmale einer ausgesprochenen Klassenpartei genommen hatte. Die Bourgeoisie hatte, nachdem ihre bevorzugte Stellung im Welthandel ihr den Aufstieg und die Bereicherung leicht gemacht hatte, alle Schen überwinden und sie schloß eine Art Pakt, indem man einen zeitweiligen Frieden in der Industrie durch rechtzeitige Zugeständnisse an die Arbeiter erkaufte.

Die englische Volkswirtschaft herrschte noch souverän am Weltmarkt und machte der Industrie ihre fabelhafte Expansion leicht. Sie hatte ja ein nur allzu natürliches Bedürfnis, in ihren kapitalistischen Eroberungszügen nicht unausgesetzt durch große Lohnkämpfe gestört zu werden. Aber die Zeit, wo die idyllische Ruhe dieser scheinbaren Klassenharmonie wieder durch das Lärmen neuer Kämpfe gestört wurde, kam auch in England wieder, wie das gerade die letzte Vergangenheit beweist.

Die Elektrizitätsarbeiter in Heiligenstadt und ihre Arbeitsordnungen.

II.

Der § 6 der Arbeitsordnung der I. E. Staatsbahndirektion Wien bestimmt:

„Die beim ununterbrochenen Betrieb, nämlich der Bedienung der Dynamos, der Akkumulatoren und der Hilfsapparate sowie der Maschinen und Kessel beschäftigten Personen arbeiten in zwei Schichten ... von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends und von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens ...“ Die Frühstücks-, Mittags- und Raumpause wurde analog der Arbeitsordnung der Firma bemessen. Ferner tritt in der Winteraison beim Schichtwechsel eine 18stündige, in der Sommeraison eine 20stündige Ruhepause ein, welche die eine Partie betrifft, während die andere Partie in der Winteraison eine 12stündige, in der Sommeraison eine 30stündige Ruhepause hat.

Von einem Ersahruhetag und von einem freien Tag in der Woche ist keine Rede mehr. Dafür gibt die Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion als Konzeption die Zeit zum Besuch des Vormittagsgottesdienstes frei, indem sie sehr eingehend die Feiertage der katholischen, griechisch-orientalischen und evangelischen Christen und jene der Juden bezeichnet. (§ 7.)

Aber wir können rechnen wie wir wollen, diese gezeigten Ruhepausen sind noch lange nicht der volle Ersahruhetag, der bei der Firma noch separat außer der beim Schichtwechsel bedingten Ruhepause arbeitsordnungs-gemäß eingeführt war. Wir können ferner Seite für Seite der Arbeitsordnung der Staatsbahn durchgehen und noch so genau lesen: die Bestimmung des freien Tages ist darin nicht mehr enthalten! Und während die Arbeitsordnung der Firma eine neun stündige Arbeitszeit festgesetzt hat, ist in der Staatsbahndirektion eine zehn stündige festgesetzt! Das sind im Jahre 300 Stunden (der Schichtenwechsel wurde bei dieser Berechnung berücksichtigt) 300 Stunden, um welche die Arbeiter mehr arbeiten müssen. Auf Tage umgerechnet, betragen diese 300 Stunden 33 1/3 Arbeitstage (à 9 Stunden). Nehmen wir nur den geringsten Durchschnitts-tageslohn von 3 Kr., an, so verliert jeder Arbeiter im Betrieb 100 Kr. jährlich. Rechnen wir sodann noch die jetzt entfallenden freien Tage des Jahres, das sind im ganzen 52, an welchen jetzt gearbeitet werden muß, dazu, sowie auch jene Ersahruhetage, die im Jahre auch 52 ausmachen und welche die Firma den Arbeitern laut Arbeitsordnung gewährt, so werden jene Arbeiter, bei welchen die Ersahruhetage nicht in Betracht kommen, die Hilfsarbeiter, jährlich eine Summe von 256 Kr., jene, welche den Ersahruhetag noch separat hatten, eine Summe von 412 Kr. zu ihrem Schaden büßen!) Das sind für Arbeiter ganz kolossale Summen. Man könnte sie ihnen aber widerstandslos entziehen und darum ist die Eile heute begreiflich, mit der die Staatsbahnverwaltung daranging, den Elektrizitätsarbeitern eine Arbeitsordnung zu geben, weil ihnen dadurch eine Arbeitsordnung genommen ward, die ihnen das gewährleistete. Es ist am Ende möglich — auch Indifferenten finden eine Ausrede — daß vielleicht bloß die Eile, mit welcher die Arbeitsordnung hergestellt wurde, schuld trägt, daß den Arbeitern durch dieselbe ein so großer Schaden erwächst. Man kann dies als Argument gelten lassen, insbesondere dann, wenn wir die Zeit in Betracht ziehen, welche das Eisenbahnministerium zur Fertigstellung der Arbeitsordnung für die Gesamtarbeiterschaft braucht, die so dringend notwendig ist und auf welche die Arbeiterschaft so große Hoffnungen setzt — dies jedoch nur dann, wenn man aus ihr einst entnehmen können wird, daß die Arbeiterschaft nicht nur nicht geschädigt werden wird, sondern noch für sich etwas profitiert. Aber die Zeit ... soll denn alles die Zeit bringen, bloß die Zeit, ohne jede Zutat? Was hat nun die Zeit den Elektrizitätsarbeitern gebracht? Seit dem Erscheinen der Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion, das war am 13. Juni 1903, hat die Zeit nach acht Jahren folgendes gebracht, das wir

*) Der Schaden ist durch die Umrechnung von 6 auf 7 Tage natürlich noch größer. Die Umrechnung hatte damals den Zweck, den freien Tag aufrecht zu erhalten. Heute wird er den Arbeitern entzogen!

wieder in dem Erlaß der Staatsbahndirektion Wien, Z. 819/IV, 1911, nachlesen können:

„Die Bezahlung einer Ueberstunde in der Nachtschicht wurde lediglich durch Versehen eines diesseitigen, bei der Berechnung beteiligten Organes hervorgerufen und als mit keiner Vorschrift in Einklang zu bringen, festgestellt.“ Das war im April 1911! Hingegen steht die Arbeitsordnung der Staatsbahndirektion Wien, verfaßt im Jahre 1903 und noch gültig im Jahre 1911, im § 6 wortwörtlich folgendes fest:

„Die Ueberstunden werden, unbeschadet den entgegenstehenden Bestimmungen der für das definitive Personal erlassenen Dienstordnung, besonders entlohnt!“ Und das ist für die I. E. Staatsbahndirektion Wien keine leere Vorschrift! Dabei muß man noch wissen, daß sich die Arbeiter auf Drängen der Betriebsleitung (Inspektor Hansberger) von drei tatsächlich geleisteten Ueberstunden auf nur eine in Berechnung gestellte Ueberstunde geeinigt haben, die ihnen nun auch abgezogen wird. Welch abscheuliches Vorgehen einer sich immer fürsorglich gebärdenden Verwaltung!

Die Zeit bringt also auch einen riesigen Rückschritt, das haben wir jetzt schon einmal gesehen, und wir möchten heute schon die ganze Arbeiterschaft ganz gehörig gewappnet sehen, wenn die Arbeitsordnung, die das Eisenbahnministerium schon seit vielen Jahren studiert und vorbereitet, endlich erscheinen wird, damit auch die Arbeiterschaft Kraft und Stärke genug hat, Bestimmungen, die ihr schaden würden, entschieden abzuwehren. Entschiedener freilich, als das die Elektrizitätsarbeiter im Jahre 1903 eine Arbeitsordnung aufkloppierten, die ihnen einen so großen Schaden brachte, welcher dadurch noch immer größer wird, daß sie die Staatsbahndirektion nicht einmal hält und für sie keine Vorschrift ist, wie der eben erwähnte Erlaß behauptet. Und doch ist diese Behauptung selbstverständlich auch nur ein ungelegentliches Hinaufdisputieren und nur darauf kommt es an, ob sich noch jemand unter den Arbeitern findet, der sich etwas, das zu seinem Schaden ist und offenbar zu unrecht besteht, hinaufdisputieren läßt. Da wird sich wohl derselbe Vorgang wiederholen müssen, der sich schon im Jahre 1901 abspielte und das Gewerbegericht beschäftigte. Die Firma mußte damals durch Urteile dieses Gerichtes belehrt werden, daß geleistete Ueberstunden den Arbeitern auch bezahlt werden müssen. Es waren ganz ansehnliche Beträge, die damals die Arbeiter erhielten und vielleicht läßt es die Staatsbahnverwaltung darauf ankommen, ebenso verurteilt zu werden. Vorherhand hat das Vorgehen der Staatsbahnverwaltung noch das eine für sich, als eine I. E. Zwangsparkasse angesehen zu werden, welche die aufgelaufenen Beträge nur mittelst Urteilspruches eines I. E. Gerichtes rückerstattet!

Warum war auch die Staatsbahndirektion Wien so — leichtfertig, die Arbeitsordnung, die sie im Jahre 1903 herausgab und mittelst Erlasses im Jahre 1911 so gerne verleugnen möchte, als einen Arbeitsvertrag zu betrachten. Im § 22 der Arbeitsordnung spricht sie nämlich ganz deutlich von diesem Arbeitsvertrag. Es heißt dort:

„Diese Arbeitsordnung, von welcher jedem der am Tage ihres Anschlages in der Hilfsanstalt beschäftigt gewesen Arbeiter ein Exemplar gegen schriftliche, datierte Empfangsbekundung eingehändigt wurde, wird für diese Arbeiter nach Ablauf des der Kündigungsfrist entsprechenden Zeitraumes zum Bestandteil des Arbeitsvertrages!“

Die Arbeiter mußten also den Empfang der Arbeitsordnung bestätigen, ja, so genau ging man dabei vor, daß sie sogar das Datum des Empfanges dazu setzen mußten, zum Zeichen, daß sie seit dem Tage des Anschlages der Arbeitsordnung mit dem geänderten, und zwar sehr zu ihren Ungunsten geänderten Arbeitsvertrag einverstanden seien. Aber was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Es kann nicht sein, daß der schon einmal zu Ungunsten der Arbeiter geänderte Arbeitsvertrag immer noch durch Erlasse ungünstiger ausgestaltet wird. Das ist Absolutismus. Ein Vertrag kommt nur dann zustande, wenn sich die vertragschließenden Teile einigen. Denn auch die Arbeitsordnung als Arbeitsvertrag gleicht einem Gesetz: sie muß so wie dieses das Resultat gleicher Anschauungen sein, ihre Ergebnisse müssen beide Teile befriedigen. Ihre Wirksamkeit darf nicht beeinträchtigt oder gar in das Gegenteil verkehrt werden. Aber bei der Staatsbahnverwaltung herrscht ein immerwährendes Bestreben vor, die Bediensteten und Arbeiter an Zeit und Lohn zu schmälern und zu schädigen, denn es erschlagent ein Erlaß immer den andern. Der Nachweis ist durch diese unsere Ausführungen vollständig erbracht. Diese Erkenntnis wird selbst den letzten Indifferenten aufrütteln, wenn er sieht, wie sein Vertrauen in die Verwaltung und den selbstkommandierenden Fortschritt immerwährend getäuscht wird. Dann wird es auch ihn mächtig ergreifen, in der Organisation nicht nur Schutz, sondern auch Betätigung zum Fortschritt zu suchen. Er wird sich endlich am Hüter seiner Rechte aufschwingen, die allseits bedroht werden und wird, wenn es sein muß, sich verteidigend zu Wehr setzen oder gar um neue Errungenschaften kämpfen. Dann wird eine Bestätigung und Anerkennung solcher Arbeitsordnungen nicht mehr stattfinden können, die einmal in Kraft sind, einmal wieder nicht. Dann wird mit diesen anarchischen Zuständen aufgeräumt werden und herrlichen werden nur tatsächlich abgeschlossene Arbeitsverträge, nicht solche die Arbeiter bewuchernden Arbeitsordnungen! F. S.

*) Statt diese den Arbeitern im Jahre 1903 aufgeklopperte Arbeitsordnung immerwährend durch Verschlechterungen zu bedrängen, wäre die Staatsbahndirektion Wien schon längst verpflichtet gewesen, sie durch den „Arbeiteraus-schuss“ revidieren zu lassen. Nur der Arbeiteraus-schuss ist die Kompetenz, ein Uebereinkommen herzustellen, das zur Befriedigung führt.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferenten weiter.

Konferenz des Magazinspersonales der Südbahn.

In einer Versammlung von Magazinsmeistern, Aufsehern und Magazinsdienern der Südbahn in Graz wurde der Beschluß gefaßt, eine Konferenz des Stationspersonals abzuhalten. In Ausführung dieses Beschlusses wurde von dem damals gewählten Aktionskomitee die Konferenz für den 5. November 1911 nach Graz, „Julienfäde“, einberufen, und hierzu auch die Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines eingeladen.

Am 5. November, 9 Uhr vormittags, versammelten sich 52 Delegierte aus 40 Stationen der Südbahn. Die Zentrale war durch Genossen A. Müller vertreten, die Ortsgruppe Graz I entsandte Genossen Landtagsabgeordneten Kollegger.

Genosse Wendl eröffnete die Konferenz, begrüßte die Erschienenen und konstatierte, daß der Besuch der Konferenz ein sehr lebhaftes Interesse an der Sache befunde.

Nachdem das Präsidium seine Funktionen übernommen, erteilte Genosse Ferenz dem Vertreter der Zentrale, Genossen Müller, das Wort.

Genosse Müller erklärte zuerst auf, aus welchen Gründen die Zentrale diese Konferenz nicht selbst einberufen habe; erstens fand im vergangenen Jahre eine Reichskonferenz dieser Kategorien statt und wurden die dort gefaßten Beschlüsse allen Bahnverwaltungen sowie dem Eisenbahnministerium in Form eines Memorandums überreicht, außerdem sind in den derzeit gestellten Anträgen im Parlament auch die Forderungen dieser Kategorien inbegriffen. Der Vorwurf, die Zentrale der Organisation habe sich um die Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener nicht gekümmert, dürfte wohl hinfällig sein und Tatsache ist, daß sich umgekehrt diese Bediensteten um ihre Organisation bis dato noch nicht viel interessiert haben. (Zustimmung der Konferenzteilnehmer.) Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schilderte Genosse Müller in treffenden Worten das Verhalten der bürgerlichen Abgeordneten in der Frage der Staatsbahnbedienstetenforderungen und ermahnte die Konferenzteilnehmer, in ihren Beschlüssen sich das möglich Durchführende vor Augen zu halten und wünscht gedeihliche Beratungen.

Hierauf ergreift Genosse Kollegger das Wort, begrüßt die Konferenz im Namen der Ortsgruppe Graz I und fordert zu innigem Zusammenschluß in der Organisation auf.

Sodann erteilt der Vorsitzende dem Genossen Wendl, Personalkommissionsmitglied, zur eigentlichen Tagesordnung das Wort.

Genosse Wendl erklärt eingangs seiner Ausführungen, daß die Tagesordnung selbst schon das sagt, was die Konferenz beschließen will.

1. Ernennung sämtlicher Magazinsaufseher zu Magazinsmeistern und Erstellung eines Gehaltvorrichtungsschemas analog den Bahnmeistern.

2. Aufhebung der Ueberleitungsbestimmungen vom Jahre 1909 und zweijährige Vorrichtungsfristen bis zum Endgehalt.

3. Aufhebung des Affords und Verwandlung der variablen Bezüge in fixe Pauschale bei allen drei Kategorien.

4. Beschlußfassung zu obigen drei Punkten.

Genosse Wendl erklärte im Eingang seiner Rede, daß die Forderung der Magazinsaufseher, zu Unterbeamten ernannt zu werden, nach zwei Richtungen hin volle Berechtigung habe. Erstens waren seinerzeit Bahn- und Magazinsaufseher vollständig gleichgestellt, erst im Laufe der letzten Regulierungen wurden unbegründeterweise die Magazinsaufseher ganz einfach ad acta gelassen, was seinen Grund tatsächlich in nichts anderem haben konnte, als in der Involenz und Gedankenlosigkeit der alten Magazinsaufseher selbst, die nicht begreifen wollten, daß man, um mit anderen mit fortzuschreiten zu können, sich organisieren muß. Heute müssen alle „Jungen“ ausnahmslos darunter leiden. In zweiter Linie darf nicht übersehen werden, daß speziell die Kategorie der Magazinsaufseher auf eine ganze Reihe von provisorischen Dienstjahren zurückblickt, bevor sie überhaupt Magazinsaufseher werden. Es liegt schon in der Natur dieses Dienstes, daß unbedingt eine mehrjährige Praxis vorausgeht. So haben wir in der Station Graz allein Magazinsaufseher und Meister, die erst nach 8-, 12-, 15- und sogar 20jähriger Dienstleistung als Arbeiter, Schreiber und zuletzt Partieführer zu provisorischen Magazinsaufsehern mit dem Taggeld von Kronen 2-40 ernannt wurden. Bedenken Sie nun, 8, 12, 15 und 20 Jahre Tagelöhner, sodann 1 Jahr Magazinsaufseher mit Kr. 2-40, dann 1 Jahr provisorischer Magazinsaufseher mit früher 900, jetzt 1000 Kr. Anfangsgehalt, und von da an 7, sage sieben Jahre, bevor er endlich mit 1200 Kr. Magazinsmeister wird. In diesen Ziffern liegt ein ganzes Kapitel Martyrium und wäre nur eine Unterlassungsfünde der Verwaltung geföhnt, wenn der erste Punkt unserer Forderungen verwirklicht würde. Wenn man den Kollegen Bahnmeistern auf Grund ihrer Intelligenz entgegenkam, so sind wir in der Lage, ganz dieselben Gründe anzuföhren, denn ein unintelligenter oder minderwertiger Magazinsaufseher oder Meister würde den Geldbeutel der Verwaltung ganz gewaltig in Mitleidenschaft ziehen.

Nachdem zu diesem Punkt noch die Genossen Bohradski, Brück, Cjerny, Graz und Genosse Müller von der Zentrale gesprochen, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Genosse Ferenz führt zu diesem Punkt aus, daß durch die Ueberleitungsbestimmungen vom Jahre 1909 alle vorher gewährten Zugeständnisse aufgehoben wurden. Erstens werden die im Schema festgelegten zwei- und dreijährigen Vorrichtungsfristen auf 3, 3½ und 4 Jahre ausgedehnt, und den Magazinsdienern werden außerdem die seinerzeit als Ausgleichsdifferenz gegenüber dem früheren Jahresarbeitsverdienst als Partieführer gewährten Personalzulagen bei jedem Avancement ganz einfach gestrichen, wodurch die Magazinsdiener in Wirklichkeit durch sechs bis acht Jahre überhaupt von jeder Besserstellung trotz des Avancements

ausgeschaltet sind. Genosse Ferenz beantragt aus diesen Gründen zweijährige Vorrichtung bis zum Endgehalt und außerdem für alle jene Magazinsdiener, welche bei ihrer Anstellung das 35. Lebensjahr überschritten hatten, ein außerordentliches Avancement.

Genosse Forstner aus Laibach befürchtet, daß die Magazinsdiener durch die Schreiber überflügelt werden könnten. Diese Befürchtung wurde durch mehrere Redner widerlegt.

Beim dritten Punkt: Aufhebung des Affords und Verwandlung der variablen Bezüge in fixe Prämien, entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, an der viele Delegierte teilnahmen. So wurde unter anderem hervorgehoben, daß dieses Affordsystem schreiende Ungerechtigkeiten in sich birgt; beispielsweise in einer Station bei sehr starkem Verkehr und Arbeitsleistung geringere Affordbeträge, als in einem schwachen Monat, daher vollständig willkürlich, wie eben der jeweilige Affordreferent die sogenannte „Affordregulierung“ vornimmt. Ein Magazinsmeister oder Aufseher muß aus einer Affordstation in eine solche ohne Afford auf Substitution, bekommt allerdings 4, respektive 3 Kr. täglich Substitutionszulage. Seine Miete, der Aufwand der Familie zu Hause bleibt aufrecht, und nun bekommt der Mann für die Dauer seiner Substitution keinen Afford, erscheint daher förmlich bestraft. Ueberhaupt ist es vernunftwidrig, einer und derselben Person in einer Station 20 bis 30 Kr. Affordverdienst zu geben, bei einer eventuellen Veretzung in eine Zwischenstation diesen Betrag jedoch zu nehmen. Es ist daher zu fordern, vollständig gleichmäßige Bezahlung in allen Stationen, da ohnehin schon eine Abstufung im Quartiergeld festgesetzt ist.

Genosse Herweg beantragt 40 Kr. monatliches Pauschal für alle Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener zu fordern.

Auf Antrag des Genossen Ferenz wurde ein achtgliedriges Komitee zur Ausarbeitung der Anträge gewählt, und zwar von den Magazinsmeistern und Aufsehern die Genossen Bohradski, Herweg, Cjerny, Gasparic, von den Magazinsdienern die Genossen Ferenz, Forstner, Finz und Kub.

Nachdem sich bei Punkt 4 und 5 zahlreiche Delegierte in verschiedener Weise sehr lebhaft aussprachen, brachte das Komitee die Anträge stilisiert zur Kenntnis und Abstimmung.

1. Ernennung sämtlicher Magazinsaufseher zu Meistern und Erstellung eines Gehaltvorrichtungsschemas analog den Bahnmeistern.

2. Aufhebung der Ueberleitungsbestimmungen von 1909 und zweijährige Vorrichtung bis zum Endgehalt.

3. Aufhebung des Affords für sämtliche Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener mit gleichzeitiger Gewährung eines fixen Pauschals von 40 Kr. monatlich.

4. Erstellung einer Rangliste der Magazinsdiener und Einberufung auf Grund dieser Liste in die Kategorie der Magazinsmeister.

5. Gerabhebung sämtlicher Monturen der Magazinsdiener auf ein Jahr Tragzeit.

6. Nachzahlung in den Pensionsfonds für die in provisorischer Eigenschaft zugebrachten Dienstjahre bis auf drei Jahre.

7. Aufhebung des 24/24stündigen Dienstes und Verwandlung in 12/24 Stunden.

Nach erfolgter Annahme dieser sieben Punkte beantragte Genosse Bohradski, diese Forderungen durch eine Deputation, von der Zentrale des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines vorgeführt, der Generaldirektion zu unterbreiten.

Es wurden hierauf von den Magazinsmeistern und Aufsehern die Genossen Herweg, Gasparic, Gruber und Cada, von den Magazinsdienern die Genossen Anton Ferenz, Forstner, Finz, Grabner und Katay vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Genosse Wendl, als Personalkommissionsmitglied wurde beauftragt, sich dieser Deputation ebenfalls anzuschließen.

Am Schluß des Punktes „Allgemeines“ wurde von Genossen Ferenz die Anregung gemacht, einen Dispositionsfonds einzuföhren. Die nähere Ausarbeitung und Bekanntgabe an alle Stationen wird das Aktionskomitee in Graz übernehmen.

Mit einem Appell an die Solidarität aller Magazinsmeister, Aufseher und Magazinsdiener und Aufforderung zum Ausbau der Organisation schloß der Vorsitzende, Genosse Ferenz um halb 7 Uhr die Konferenz.

Inland.

Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses. Der Vorstand des Klubs der deutschen Sozialdemokraten beschäftigte sich in einer Sitzung mit den parlamentarischen Arbeitsprogramm vor Weihnachten. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß noch vor Weihnachten unbedingt die zweite Lesung der Eisenbahnervorlage und der Feuerungsanträge vorgenommen werden soll, ferner die erste Lesung der Bergarbeiteranträge, des Antrages Dr. Adler betreffend die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben, des Antrages Hanusch betreffend die Arbeitszeit der gewerblichen Hilfsarbeiter, der Anträge Löw und Domes betreffend die Unfallversicherung im Baugewerbe und im Schmiedegewerbe (diese ersten Lesungen selbstverständlich nur, falls es nicht gelingen sollte, diese wichtigen sozialpolitischen Anträge ohne erste Lesung dem Ausschuss zuzuwenden). Es wurde beschloffen, das Präsidium zu beauftragen, in der Obmannerkonferenz mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß diese Gegenstände, unbeschadet der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums unbedingt noch auf die Tagesordnung kommen. In Erledigung dieses Antrages wurde den anderen Parteien mitgeteilt, daß der Klub für den Fall, als in der nächsten Sitzung das Budgetprovisorium noch nicht vorliegen sollte, den Tagesordnungsantrag stellen wird, sofort in die Verhandlung der Eisenbahnervorlage einzugehen.

Der Nationalverband für den § 14. In allem revidieren die deutschen Helden ihre frühere Ueberzeugung. Sie waren einmal antiklerikal, heute sagen sie, daß es durchaus im Interesse der Volkserziehung liege, wenn die Pfaffen einen ausgiebigen Einfluß auf die Volksschule

haben. Sie vertraten einmal das Bürgerrecht gegen die Autokratie, heute kriechen sie vor den Ministern auf dem Bauch. Einmal kämpften die Helden mit aller Entschiedenheit gegen den Absolutismus, gegen den Mißbrauch des § 14, hielten scharfe Anklagereden gegen die Verfassungsverbrecher auf der Ministerbank, heute votieren die Helden, daß § 14-Bestimmungen genehmigt werden. Das geschah gestern im Budgetausschuss, dem unter anderem die Wienerth'schen § 14-Bestimmungen betreffend das Budgetprovisorium, die Schiffsahrtsubventionen und die 67 Millionenanleihe zur Behandlung zugewiesen worden sind. Die Sozialdemokraten stellten den Antrag, daß die Verordnung nicht genehmigt werde. Man soll einmal ein Beispiel statuieren an den Verfassungsverbrechern und die ausdrückliche Nichtgenehmigung einer § 14-Bestimmung würde genügen, jene aktiven Minister, welche die § 14-Bestimmung mit unterfertigten, aus dem Amte zu jagen. Aber die deutschen Helden haben sich mit den Verfassungsbrüchen schon abgefunden. Die Zeit, wo sie Minister, die mit dem § 14 wirtschafteten, an den Galgen wünschten, liegt weit zurück. Heute ist der Mann, der dem § 14 Minister mit dem Galgen drohte, selbst Minister, mißbraucht selbst den § 14 und die deutschen Helden stehen als getreue Mamelucken hinter ihm. Kein einziger der deutschen Helden hat für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt. Mann für Mann traten sie ein für die Genehmigung der § 14-Bestimmungen. Und mit ihren Stimmen wurde dem Wienerth'schen Verfassungsbruch Sanktion erteilt. — Woraus man wieder einmal erfieht, welche ergebene Mamelucken die Regierung an den Nationalverbändlern hat.

Rational und freierlich. Der „Deutsche Gehilfenverein“ in Norwih bei Arnau rückte feierlich aus, als der neue Pfarrer installiert wurde, der nicht nur ein römischer Pfaffe, sondern auch ein wackelter Tischehe ist. Wie heißt es doch in dem heineschen Gedicht: „Ich bin kein Römeling, ich bin kein Sklav“, ein deutscher Esel bin ich doch...“

Das Koalitionsrecht der Beamten. In einer der letzten Sitzungen des Staatsangestelltenausschusses kam das Koalitionsrecht der Beamten zur Verhandlung. Abgeordneter Glöckel (Sozialdemokrat) stellte gegenüber dem Regierungsentwurf folgenden Antrag: Der Beamte hat sich in seiner Amtsführung der von ihm bekleideten Stellung würdig zu erweisen und seine persönliche Achtungswürdigkeit zu wahren. Der Beamte darf unter Berufung auf sein Dienstverhältnis nicht an der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte gehindert werden.

Demgegenüber stellt der deutsche Nationalverbändler Marchl folgenden Antrag: Der Beamte hat sich der von ihm bekleideten Stellung würdig zu erweisen und sein Verhalten mit der notwendigen Wahrung der Disziplin in Einklang zu bringen.

Der Deutsche Nationalverbändler Dinghofer stellt zu diesen beiden Anträgen den Zusatzantrag, daß auch die außerdienstliche Tätigkeit des Beamten unter Beurteilung seiner Vorgesetzten fällt.

Der Antrag Marchl wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Dinghofer wurde mit 21 Stimmen abgelehnt. Für diesen reaktionärsten Antrag stimmten von den Deutschnationalen die Abgeordneten Dinghofer, Heine, Hofmann v. Wellenholz, Marchl, Baber, Zenker und der Christlichsozialer Kuhn.

Für den Antrag Glöckel stimmten 16, dagegen auch 16 Abgeordnete, und der Vorsitzende Abgeordnete O'Elbert dirimiert für diesen Antrag, so daß der Antrag Glöckel angenommen ist. Gegen diesen Antrag hat nur noch der Deutschnational Marchl gestimmt und alle Christlichsozialen, und zwar die Abgeordneten Brandl, Guggenberg, Jenzabek, Remetter, Kuhn und Nienöhl.

Der Antrag, welcher der Regierung die Möglichkeit gibt, die Mitgliedschaft bei Vereinen zu verbieten, wurde gestrichen.

Kroy redivivus. Das Amtsblatt verlautbart die Ernennung des nationalverbändlerischen Abgeordneten Landesgerichtsrats Dr. Richard Marchl zum Oberlandesgerichtsrat. Dieses Avancement ist einer der nun schon üblichen Nationalverbändlerskandale. Dieser Landesgerichtsrat ist nämlich der Abgeordnete Marchl, der mit Ueberbringung zahlreicher Vordermänner abanciert ist. Im Jahre 1909 wurde Marchl Landesgerichtsrat. Wenn er damals auch schon Abgeordneter war, so war doch das damalige Avancement in der Ordnung, denn die Reihe war an ihm. Nun ist er nach zwei Jahren zum Oberlandesgerichtsrat abanciert. Herr Dr. Hohenburger weiß seine Parteifreunde zu belohnen. — Kroy, Schreiner, Marchl — es gibt doch noch positive Arbeit im Nationalverband — und jedenfalls für die betreffenden Herren sehr einträglich.

Weil die Unternehmer nichts verdienen! Im ersten Halbjahr 1911 wurden in Oesterreich 21 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 47-78 Millionen Kronen gegründet, gegen 23 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 43-13 Millionen Kronen im ersten Halbjahr 1910, gegen 15 Aktiengesellschaften mit 23-77 Millionen Kronen im ersten Semester 1909, gegen 14 Gesellschaften mit 35-5 Millionen Kronen im ersten Semester 1908 und gegen 33 Gesellschaften mit 86 Millionen Kronen im ersten Semester 1907. — Kapitalerhöhungen führten insgesamt 60 Gesellschaften durch, die ihr Aktienkapital um rund 222 Millionen Kronen erhöhten, gegen 38 Gesellschaften mit rund 164 Millionen Kronen im Vorjahre, 31 Gesellschaften mit 44 Millionen Kronen im ersten Semester 1909 und 27 Gesellschaften mit 40-4 Millionen Kronen im Jahre 1908. — Die Gründung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung hat im ersten Semester 1911 wieder einen mächtigen Aufschwung erfahren; es sind auf diesem Gebiet die höchsten Ziffern zu verzeichnen, sowohl was die Anzahl der Gründungen als auch was die Gesamthöhe des Kapitals betrifft. Es wurden 236 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital von 43-3 Millionen Kronen, gegen 179 Gesellschaften mit 31-77 Millionen Kronen im ersten Se-

meister 1910, 145 Gesellschaften mit 39.47 Millionen Kronen im ersten Semester 1909 und 134 Gesellschaften mit 39 Millionen Kronen im ersten Semester 1908 gegründet. Das eingezahlte Stammkapital beträgt 37.8 Millionen Kronen, gegen 26.5, 29 und 35 Millionen Kronen in den drei Vorjahren, das bar eingezahlte Kapital 23 Millionen Kronen, gegen 16.78, 12.7 und 13.13 Millionen Kronen in den drei Vorjahren. Ferner haben 37 Gesellschaften mit beschränkter Haftung ihr Kapital um rund 4 Millionen Kronen erhöht. — Auch auf dem Gebiet der industriellen Einzelunternehmungen war die Gründungstätigkeit im ersten Semester 1911 recht lebhaft. Es wurden im ersten Semester 138 neue Fabriken gegründet, gegen 187 während des ganzen Jahres 1910 und 15 Betriebe erweitert gegen 36 während des ganzen Jahres 1910.

Lehrreiche Ziffern. In der Nr. 80 der „Zeitung des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen“ erschien nachstehende Zusammenstellung der durchschnittlichen Entlohnungen der Eisenbahnbediensteten verschiedener Staaten im Jahre 1908 und vor 15 Jahren im Jahre 1893:

Staatsbahnen	Durchschnittsentlohnung eines Angestellten im Jahre 1893	Durchschnittsentlohnung im Jahre 1908	Steigerung in Prozenten während dieses Zeitraumes
Ungarn	829	1203	45
Oesterreich	880	1023	16
Preußen-Ostpreußen	1207	1542	28
Bayern	1447	1589	9
Sachsen	1169	1554	33
Holland	969	1262	31
Rumänien	811	990	22

Dieses Ziffernmaterial ist für uns äußerst wertvoll. War doch nach diesem im Jahre 1908 die durchschnittliche Entlohnung eines österreichischen Eisenbahners nahezu gleichstehend der des rumänischen Eisenbahners und wesentlich ungünstiger, als die in den anderen Staaten. Auch der ungarische Eisenbahner, der im Jahre 1893 seiner durchschnittlichen Entlohnung nach weit dem österreichischen Eisenbahner zurückstand, überholte letzteren im Laufe dieser 15 Jahre um nahezu 20 Prozent. Der österreichische Eisenbahnbedienstete hat, mit Ausnahme des bayrischen, der schon 1893 in seiner Durchschnittsentlohnung hoch über seine Berufskollegen der anderen Staaten stand, im Verlauf dieser 15 Jahre die geringste prozentuelle Steigerung seiner Bezüge erfahren. Es ist hier von einer Seite, vom Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, von der man nicht erwarten kann, daß sie den österreichischen Eisenbahnbediensteten aus tendenziösen Gründen Latitudinalmaterial liefert, ziffernmäßig festgestellt, daß der österreichische Eisenbahner betreffs seiner Entlohnung äußerst ungünstig gestellt ist, daß die Steigerung seiner Bezüge nur minimale waren und daß er mit vollem Anrecht Anspruch auf eine einschneidende Verbesserung seiner Entlohnungsverhältnisse erhebt.

Ausland.

Große Arbeitskämpfe im Deutschen Reich.

Der letzte November und der 1. Dezember haben für die Arbeiterchaft von Berlin zwei folgenschwere Entscheidungen gebracht: die Aussperrung der Metallarbeiter und das Scheitern der Einigungsverhandlungen in der Damentkonfektion. In zwei der stärksten Industrien der Hauptstadt ist damit der Kriegszustand eingetreten, an die hunderttausend Berliner Arbeiterfamilien sind in unmittelbare Mittellosigkeit gezogen.

Im Brennpunkt des Kampfes in der Metallindustrie steht der Streik der Former und Gießereiarbeiter, den die Unternehmer durch Androhung einer Aussperrung von 60 Prozent ihres Personals niederzuschlagen versuchten. Eine Vereinbarung zur Beilegung des Streiks mißlang, da die Former in ihrer Versammlung am letzten Donnerstag acht der vierzehn vorgelegten Verständigungsparagrafen ablehnten. Den stärksten Widerstand fand dabei die Bestimmung, daß Gehaltszuschuß nur bezahlt werden soll, wenn den Former keine Schuld trifft, denn die Arbeiter befürchteten, daß ihnen immer die Schuld am Mißlingen des Gusses zugeschrieben werden würde.

In sehr bemerkenswerter Weise hat sich der Vorsitzende des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, Kommerzienrat v. Borfig, über die Aussperrung ausgesprochen. Er sagte zu einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“:

„Die Lage der Berliner Former ist durchaus nicht so ungünstig, wie sie von den Arbeitnehmern hingestellt wird oder wie sie es tatsächlich in vielen Städten der Provinz ist. Die Arbeitskräfte müssen in Berlin viel teurer bezahlt werden als in der Provinz, ohne daß die Leistungsfähigkeit eine im Verhältnis größere wäre.“

Da die Entwicklung der Verhältnisse in der Metallindustrie zurzeit eine Aufspaltung und Konzentrierung aller Kräfte auf Berlin erfordert, wird man sich das Verständnis des Berliner Unternehmervorstandes für spätere Gelegenheiten merken müssen. Es behält für die „Provinz“ einen dauernden Wert.

Vorfig führte dann weiter aus, daß die Unternehmer den Former gegenüber zu großem Entgegenkommen geneigt seien, da ein starkes Unterangebot von Kräften bestehe und ein Former, der ein Werk verläßt, oft schon wenige Stunden später anderwärts Beschäftigung finde. Wenn sich die Unternehmer gleichwohl wichtigen Forderungen der Former gegenüber ablehnend verhalten, so liegt das offenbar nicht in den Verhältnissen der Branche selbst begründet, sondern das Verhalten der Arbeitgeber beruht auf der Hoffnung, durch die Aussperrung der übrigen Arbeiter einen Druck auf die Former ausüben zu können. Man sieht hier an einem interessanten Beispiel, welchen Wandlungen das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage unter dem Einfluß der modernen Wirtschaftsorganisationen unterliegt.

Die Zahl der Aussperrten wird von Unternehmenseite schon für den ersten Tag mit 50.000 bis

60.000 Mann angegeben. Eine Arbeiterzahl, stark genug, die Bevölkerung einer bedeutenden Mittelstadt zu bilden, ist damit ihrer gewohnten Nahrungsquelle beraubt und auf die Unterstützung durch die Organisation angewiesen.

Ähnlich wie in der Metallindustrie haben sich auch in der Damentkonfektion die Dinge entwickelt. Auch hier verhielten sich die Arbeitgeber nicht von vornherein ablehnend, sie konnten sich aber auch nicht zu Zugeständnissen entschließen, die den ausgebrochenen Kampf rasch beendet haben würden. Etwa 20.000 Personen, darunter zumeist elend bezahlte Heimarbeiterinnen, kommen für diesen Kampf zunächst in Betracht, eine Zahl, die sich bei längerer Dauer des Streiks noch vermehren kann.

Geräuschlos und ohne offensichtliche Äußerungen der Leidenschaft, wie in einem modernen Kriege, hat sich auch bei diesen großen modernen Arbeitskämpfen die Entwicklung vollzogen. Mit bewundernswerter Selbstbeherrschung und Ordnung ziehen die gewaltigen Massen in das große Ringen, zu dem sie die hilfsbereite Sympathie aller Arbeiter des Reiches begleitet. Berlin ist nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die größte Industriestadt des Reiches: Siege, die dort errungen, Niederlagen, die dort erlitten werden, wirken in den Verhältnissen des ganzen Reiches nach.

Die Spaltung der französischen Eisenbahnerorganisation. Die Spaltung der französischen Eisenbahnerorganisation ist nun eine vollzogene Tatsache. Ganz offenbar hat es auf beiden Seiten am guten Willen gefehlt, den verhängnisvollen Schritt aufzuhalten. Der reformistische — Vorstand des Verbandes hat es abgelehnt, den in einer ansehnlichen Abstimmung gefassten Beschluß des letzten Kongresses, die Organisation in eine lose Föderation der verschiedenen Reize aufzulösen und den Sitz nach der C. G. T. zu verlegen, auszuführen, worauf die revolutionären Gruppen beschloßen, die Forderungen an die Zentrale einzustellen und eine Organisation gemäß dem Kongreßbeschlusse zu bilden. Der Vorstand antwortete darauf, indem er diese Ortsgruppen formell ausschloß und beschloß, gegen die Kassiere der Ortsgruppen, die die statutenmäßigen Beträge nicht ablieferten, mit der gerichtlichen Verfolgung vorzugehen. Die Funktionäre der revolutionären Gruppen haben sich nun am Mittwoch versammelt und beschloßen, die neue Organisation vom 1. Jänner 1912 in Funktion treten zu lassen. Sie wird den Namen „Nationale Föderation der Eisenbahntransportunternehmungen“ führen im Gegensatz zum „Nationalen Syndikat“.

Der Konflikt wird wohl auch auf die Arbeitskonföderation zurückwirken, da diese für jeden Beruf nur eine einzige Organisation anerkennt und die Revolutionäre des neuen Verbandes zweifellos in der C. G. T. auf Sympathien zu rechnen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilte christlichsoziale Gewalttäter. Vor einem Erkenntnisrat wurde die Verhandlung gegen zwei christlichsoziale Gewalttäter beendet, die am 9. Juni in einer christlichsozialen Wählerversammlung in Döbling, in der der Kandidat Stühn und der damalige Handelsminister Dr. Weiskirchner sprachen, den Genossen Hugo Spieß in geradezu bestialischer Weise mißhandelten, so daß er wochenlang im Bette liegen mußte und länger als einen Monat berufsunfähig war. Die beiden christlichsozialen Gewalttäter sind der Kleischhauermeister Wenzel Sojka und der Gemischtwarenhändler Josef Rathwallner. Die Verhandlung gegen die beiden war schon zweimal vertagt worden. Die beiden christlichsozialen Missethäter wurden verurteilt zu je zwei Monaten Kerker sowie zur Zahlung von fünfhundert Kronen Schmerzensgeld an den Verletzten, die sie gemeinsam zu zahlen haben. Vorsitzender der Verhandlung, die bis in die Abendstunden dauerte, war Landesgerichtsrat Dr. Klinger, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsvertreter Dr. Urbanitschitz, den Privatbeteiligten vertrat Dr. Garpner und als Verteidiger fungierten für Sojka Dr. Wadernell und für Rathwallner Dr. Rasser. Interessant war es, daß die von den Angeklagten geführten Zeugen fast durchwegs städtische Angestellte sind. Es befanden sich unter den vernommenen Zeugen der Verkehrsführer der städtischen Straßenbahnen Rudolf Bichler, der städtische Amtsdienster Karl Gaas, der damals Ordner in der Versammlung war, der städtische Beamte Julius Schiemerka, der städtische Straßenaufsicher Josef Hausnosh, der städtische Buchhaltungsbeamte Josef Fuhrmann, der städtische Pfasterermeister Franz Wolf, der städtische Straßenaufsicher Karl Aufhäuser, der städtische Partieführer Leopold Horacek, der zuerst Mitbeschuldigter war, der städtische Kanzleihilfe Anton Kosch, der Rathhausportier Georg Mayerhofer und der christlichsoziale Bezirksrat und Gastwirt Johann Schiesel. In der Verhandlung schilderte Genosse Spieß nochmals seine Erlebnisse in der Versammlung. Seine Darstellung wurde von einer Reihe anderer Zeugen bestätigt. So gab einer an, daß Sojka noch äußerte: „Ich hab' ihn aufgezarrt wie a Raibl“, und ein anderer, daß Sojka sagte: „Gatti's m'r nur Luft lassen, ich hab' ihm eh quat gehalt!“ Diese Äußerung wurde namentlich von dem Tischlergehilfen Ignaz Körber bestätigt, der damals auch in der Versammlung war. Die Entlastungszeugen wollten die Angeklagten gewöhnlich während der Prigelei an anderen Orten gesehen haben. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der beiden Angeklagten wegen Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung nach § 157, der bestimmt, daß bei einer schweren Körperbeschädigung, wenn der wirkliche Täter nicht zu ermitteln sei, jeder wegen Verbrechens strafbar ist, der an den Verletzten Hand angelegt hat. Der Gerichtshof verurteilte hierauf die beiden christlichsozialen Gewalttäter, wie eingangs angeführt, zu je zwei Monaten Kerker sowie zur Zahlung von fünfhundert Kronen Schmerzensgeld.

Streiflichter.

Chaim Raffeldust und die antisemitische „Deutsche Arbeiterpartei“. Wir lesen im Karlsbader „Volkswille“ folgende lustige Geschichte: Wer hätte das zur Zeit der letzten Reichstagswahl geglaubt, daß der Kandidat der „Deutschen Arbeiterpartei“ im Karlsbader Landgemeindebezirk, der „antisemitische, deutsche Arbeiter“, Herr Anton Grimm, wenige Monate später die großen Stiebeln anziehen und nach Galizien fahren würde, um für seine „Volksgenossen“ mit Chaim Raffeldust und Schloime Kanalgitterbestandteil Geschäfte zu machen? Daß der „antisemitische deutsche Arbeiter“ ein besonderes Faible für Juden hat, das haben wir ja schon während der Wahlkampagne gesehen, als er in Raierhöfen unter

dem Vorfig des Porzellanfabrikbesizers Moser seine „Rede“ gegen die „Judensozi“ hielt. Aber nun ist er noch um einen Schritt weitergegangen, einen sehr großen Schritt, nämlich bis nach Galizien zu Chaim und Schloime. Das aber kam so: Die „Deutsche Arbeiterpartei“, deren Abgeordneter dagegen stimmt, daß den Arbeitern billiges Fleisch geboten werde, schickte ihren Führer nach Galizien, damit er dort „billig“ Erdäpfel einkaufe. Herr Grimm macht sich auf die Strümpfe und führte sein deutsches Arbeiterherz über die Wisthaufen des östlichsten Vaterlandes spazieren. „Man muß sich doch davon überzeugen, was man „kauft“, war der Wahlspruch der „Deutschen Arbeiter“ und Herr Grimm begann also zu „handeln“. Nie würde es uns einfallen, an der Tüchtigkeit des „Deutschen Arbeiters“ zu zweifeln, aber der Geschäftssinn eines Galizianers ist doch noch mehr entwickelt als der eines deutschgelben Arbeiters, und so mußte die „Deutsche Arbeiterpartei“ in dem geschäftlichen Ringkampf zwischen Herrn Anton Grimm, ihrem Führer, und Chaim Raffeldust das kürzere Ende ziehen. Der Kandidat der „Deutschen Arbeiterpartei“ schloß nicht mit dem erstbesten Kaufantrager schon das Geschäft ab, sondern er ging sehr gewissenhaft die ganze Reihe der schwarz-, rot- und goldgeladenen Zibden ab, bis er endlich den Ehrenmann fand, der ihn am besten anschnierte. Zu Hause warteten die „Deutschen Arbeiter“ sehnlichst auf den Ausgang der Unterhandlungen, die ihr Führer mit Herrn Chaim Raffeldust pflegte. „Kenne se mer garantieren, daß die Erdäpfel lömma als a gesünder nach Karlsbad?“ fragte der gelbe Führer. „Ni, worum soll jach ni garantieren?“ entgegnete der Ehrenmann Chaim Raffeldust. „Dö Hauptfach“ ist, daß se bezahl'n dö Erdäpfel im vorhinein.“ Stolz antwortete ihm der Führer der Karlsbader Gelben: „Worum soll jach ni gleich bezahl'n? Schiden Sä so nur.“ Und fuhr nach Hause, begleitet von den Segenswünschen Schloime Kanalgitterbestandteils, Chaim Raffeldusts und dessen schönerer Hälfte, Rosalie Raffeldust, geborene Bauchgebläse. Noch einmal wandte sich Herr Grimm um und sagte dem Geschäftsfreund, um ganz sicher zu sein: „Herr Raffeldust“, sagte er, „wenn Sä schöne Erdäpfel liefern, wär'n Sä ernannt zum Ehrenmitglied der Karlsbader „Deutschen Arbeiterpartei!“ Herr Raffeldust aber freute sich sehr darüber und arbeitete die ganze Nacht hindurch, um die Waggons zu laden, damit nicht zugleich ein Lichtstrahl des Tages und das Auge des Gesetzes die „guten Kartoffeln“ sehen möchte. —

Beim „Deutschen Arbeitersekretariat“ in Karlsbad aber konnte man bald darauf eine herzige Szene beachten. Im Fenster lagen einige Dreckklumpen und am schmutzigsten von allen war ein kleines Fährndchen angebracht mit der Aufschrift: „Billige Kartoffeln“. Vor dem Fenster standen unausgesehene Gruppen fröhlicher Menschen. Ab und zu aber stürzten mit flammenden Blick und drohender Gebärde im eiligen Schritte Männlein und Weiblein zur Tür des Sekretariats hinein. Das waren die, welche die „billigen Kartoffeln“ gekauft hatten. Nach zwei Tagen verschwanden die schmutzigen Klumpen aus dem Fenster des „Deutschen Arbeitersekretariats“ und eine Schauerfrau legte mit starker Hand die letzten Hebereste weg. — Chaim Raffeldust ist nicht zum Ehrenmitglied der „Deutschen Arbeiterpartei“ ernannt worden. — Wird ihn das kränken!

Bahnamtliche Schlamperei. Der „Morgen“ veröffentlicht das nachfolgende Schreiben: „Ich vergaß vor zirka acht Wochen auf einer Reise Krensfier-Wien im Coupé ein Paket. Inhalt: Ein schäbiger Pelz. Die Reklamation kostet jedoch nur 10 S. und der Filz war mir teuer geworden, so reklamierte ich.“

Mit einer Promptheit — nach zweimal 24 Stunden — die selbst einen Hermann Bahr in Staunen gesetzt hätte, kam mir von Krasna an der Nordbahn der amtliche Bescheid: Paketabstoß; am Nordbahnhof, Gültigkeitsstelle, zu beheben. Einen Tag später kommt wieder so ein amtlicher unheilvoller Brief: Paket kann behoben werden gegen Aufzahlung von Kr. 1.23. Einen Tag später bekomme ich wieder so einen Brief. Einen Frachtbrief, in dem zu lesen war, daß sich die Spefen auf Kr. 2.23 erhöht hätten. „Lagerzins“, dachte ich mir und sandte hin. Ich bekam endlich meinen Filz, der also mit einem Kostenaufwand von Kr. 2.23 wieder mein war, jedoch derart hergerichtet, daß man ebensogut annehmen konnte, er habe Tripolis passiert.

Doch jetzt kommt der Trumpf. Heute bekomme ich ein Schreiben der k. k. Nordbahn, portofreie Dienstsache, und ein k. k. Postamt überficht solche wichtige Randbemerkung. Hebt die ominöse rote Marke auf und verurteilt mich zur Strafzahlung von 10 S. Ich zahle schnell, weil ich begierig bin. Habe nämlich vor zirka zehn Jahren ein Offert bei der k. k. Nordbahn eingereicht. Warum? Das konnte die Erlebigung sein. Doch ich ahnungsloser Mensch!

Nr. 42.010. k. k. österr. Staatsbahnen (Nordbahn). Antwortlich Ihrer Reklamation (die datiert vom 15. September a. o., meine Randbemerkung) nach einem vergessenen Paket wird Ihnen mitgeteilt, daß dasselbe nicht vorgefunden wurde.

Der Vorstand des k. k. Bahnbetriebsamtes
Wien II Nordbahn.

Silentium! Es steigt: O alte — österr. Schlamperei, du wirst wohl nie entschwinden. —

Hochachtungsvoll V. M.

Aus Bahnmeisterkreisen. Bei den verstaatlichten Privatbahnen gibt es noch heute große Stationen mit umfangreicher Geleiseanlage und zahlreichen Gebäuden, in denen der Aufsichtsdienst von einem Bahnmeister besorgt wird, und in welchen der Gebäude- und Anlagenwart noch nicht normiert ist. Die Folge dieses veralteten Übels ist, daß ein solcher den Doppeldienst besorgender Bahnmeister wegen dienstlicher Ueberanstrengung sehr häufig längerer Zeit durch Krankheit dem Dienst entzogen wird und daß für denselben ein Substitut den Dienst besorgen muß. Es ist ganz unbegreiflich, daß diese Absurdität im Eisenbahndienst bis heute noch von keinem Aufsichtsorgan bemängelt wurde. Man muß aber um so mehr darüber staunen, daß man noch Herren Sektionsvorstände findet, welche dieses ganz veraltete Sparghem aus der Zeit, wo die Eisenbahn noch in der Wiege lag, für die heutige Zeit behalten wollen und daß sie den Mut besitzen, sich dahin zu äußern, daß ein Bahnmeister in solchen großen Stationen gleichzeitig auch den Dienst für den Gebäude- und Anlagenwart leicht und gewissenhaft besorgen kann. (!?) Unter solchen Umständen kommt es dann in solchen Stationen häufig vor, daß von Seiten der anderen Dienststellen das Telephon im Wagnershaltungssektionsbureau fast den ganzen Tag in Anspruch genommen wird, um dem Herrn Sektionsvorstand verschiedene Mängel und Gebrechen an den Gebäuden anzuzeigen und deren Behebung zu verlangen. Manche Dienststellen verlangen die Beseitigung vorgetom-

mener Mängel nebst dem an einem schriftlichen Weg. Dadurch verliert ein solcher Sektionsvorstand viel an Zeit, welche er sonst anderen, bedeutend wichtigeren Dienstleistungen widmen könnte. Ebenso aber wie die Normierung neuer Gebäude mehrerer Posten ist auch die Normierung der Brückenmeisterposten derzeit sehr notwendig. Nachdem heutzutage gar kein Mangel an den hierzu berufenen Bediensteten besteht, so hoffen wir, daß unsere im Interesse des Dienstes angestellte Betrachtung einem k. k. Eisenbahnministerium, der k. k. Direktion, namentlich aber der neugebildeten und die Strecke bereisenden Normierungskommission nicht unbemerkt bleibt.

Korrespondenzen.

Mährisch-Schönberg. Der 13 Jahre alte Sohn des Streckenwärters Ladislaus Jagla in Bohutin erkrankte am 13. Oktober. Am 16. Oktober fuhr die Mutter des erkrankten Knaben zum Bahnarzt Dr. Gans nach Eisenberg a. d. W. und bat ihn, das erkrankte Kind zu untersuchen. Der Doktor erklärte der Frau des Bahnwärters, daß er heute nicht komme, da er sich den Sonntag nicht verpassen will. Die Eltern des Kindes glaubten, daß der Bahnarzt trotz der Abweisung kommen werde, doch der Dr. Gans hielt Wort und damit auch seine ärztliche Sonntagsruhe. Nachdem sich der Zustand des Kranken mehr und mehr verschlechterte, so machte sich die Frau am 17. Oktober nochmals auf den Weg zum Bahnarzt und ersuchte in den höflichsten Worten, der Herr Doktor möge doch das schwererkrankte Kind besuchen. Nach hiesigen und langen Bitten geruhte endlich der edle Mann, den Kranken zu besuchen. Er konstatierte damals eine leichte Magenentzündung, die innerhalb acht Tagen behoben sei. Bei der Untersuchung äußerte sich der Bahnarzt, daß er noch nicht im Besitze eines Krankengeldes, deshalb auch nicht zur Behandlung verpflichtet sei. Ueberhaupt zahle die Bahnverwaltung jährlich nur 500 Kr. und für diese geringe Summe lasse er sich nicht herumschleppen. Nach dieser vielversprechenden Antwort des Bahnarztes Dr. Gans blieb freilich den Eltern des schwererkrankten Kindes nichts anderes übrig, als zur weiteren Behandlung einen anderen Arzt zu holen. Nach einigen Tagen starb der Knabe. Jetzt kommt aber erst der Pferdefuß. Obwohl der Streckenwärter Jagla Mitglied der Krankenkasse ist, so verlangt man doch von ihm, daß er die aufgelaufenen Kosten bezahlen soll. Doch unser Bahnarzt Dr. Gans in Eisenberg a. d. March.

Brünn I. Welche Blüten die Langweile zeitigt, beweist wieder einmal folgender Dienstauftrag, der an alle Dienststellen im Bereiche der II. Sektion erteilt wurde: Die häufigsten Verspätungen der Personen befördernden Züge sind geeignet, die Bahnanstalten, namentlich aber die beim exekutiven Verkehrsdienst verwendeten Beamten und Bediensteten vor der Öffentlichkeit zu kompromittieren und den Anschein zu erwecken, daß denselben die regelmäßige Verkehrsentwicklung gleichgültig geworden ist. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die zur Ermöglichung unabwiesbarer notwendiger Bauherstellungen und Erhaltungsarbeiten aufgestellten Langsamfahrpläne dem regelmäßigen Personenverkehr hinderlich sind, und sich auch andere unabwehrbare Ursachen ergeben, die zur Verspätung wichtiger Züge führen, so ergeben sich auch leider viele Fälle, welche nicht allein das Publikum, sondern auch die Aufsichtsbehörde in der Anschauung befähigen, daß es nötig ist, dem ausübenden Personal die Wichtigkeit der Regelmäßigkeit im Verkehr überhaupt und ganz besonders im Verkehr der Personen befördernden Züge ernstlich ins Bewusstsein zurückzuführen. Es werden daher die Herren Dienstvorstände ersucht, den denselben untergestellten Beamten, Unterbeamten und Dienern die vielen seitens der vorgezeichneten k. k. Direktion und der hiesigen Dienststellen erteilten kurrenden und Dienstaufträge, welche auf die Erzielung eines regelmäßigen Verkehrs abzielen, ernstlich in Erinnerung zu bringen und auch persönlich den Entschluß zu fassen, im Interesse des Ansehens der Anstalt im allgemeinen und der Standesehre der Eisenbahnbeamten und Bediensteten im besonderen, mit aller Energie auf eine exakte und dienstfertige Ausübung des gesamten Dienstes hinzuwirken und das Standesbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl der zugeordneten Organe zu wecken und zu heben, und speziell alles daranzusetzen, daß Verspätungen von Personen befördernden Zügen auf absolut unabwehrbare Fälle reduziert, wenn nicht gänzlich vermieden werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es dem eifrigen Zusammenwirken aller Organe ohne weiteres gelingen wird, eine Besserung in der Regelmäßigkeit des Verkehrs zu erreichen und es wird hierfür bestimmt erwartet, daß die Herren Dienstvorstände die hiesigen Bemühungen zur Erreichung der bestmöglichen Regelmäßigkeit im Verkehr nach besten Kräften unterstützen werden und diese ebenso wohlwollende als ernsthaftige Mahnung hinreichend wird, die erhoffte Besserung zu erzielen, ohne daß es nötig ist, unliebsamerweise mit strengen Maßregeln vorzugehen.

Der Zugführer: Dieterich m. p.

Der Verkehrschef: Böhm m. p.

Der Bahnerhaltungschef: Gerstenhengst m. p.

Nun Beamte, Unterbeamte und Diener der II. Sektion, da habt ihr es. Nicht die alten defekten Maschinen, nicht die ungünstigen Terrainverhältnisse, nicht die unzureichenden Stationsanlagen und die massenhaft auf der Strecke aufgestellten Langsamfahrpläne sind schuld, daß alle Züge mit bedeutenden Verspätungen verkehren, nein, für Beamte, Unterbeamte und Diener seid mitschuldig an der Schandwirtschaft. Nur die Herren Oberbeamten, die sich an den immer dichter werdenden Verkehr nicht persönlich dienstlich beteiligen, die in den Zentralstellen sich behäbig fühlen und gemütlich unterhalten, die sind an diesen Verspätungen vollständig unschuldig. Wenn diese Herren nur einen Monat den Dienst eines Beamten, Unterbeamten oder Dieners bei der Sektion II machen müßten und dabei so gewissenhaft und pfllichteifrig arbeiten würden, wie sie es von uns verlangen, so würden sicherlich keine derartigen Entlassungen das Personal belastigen. Nur schade, daß wir noch keine Anstalten haben, wo man den Herren Oberbeamten für ihre „Arbeiten“ mit Strafen drohen kann.

Köln im Mühlte. Durch die Versetzung des Adjunkten Pfeiffer verlieren die Bediensteten auf dieser Strecke einen Vorgesetzten, der seine Untergebenen als zu seinem Viehstand gehörige Wesen betrachtete. Dieser Mann, der sich einbildete, den Bestrebungen des Fortschrittes Einhalt gebieten zu können, muß als Besiegter das Feld seiner unruhigenden Tätigkeit verlassen. So wenig er den organisierten Eisenbahnern in ihren Bestrebungen schaden konnte, ebenso wenig hat sein brutales Benehmen gegen das Publikum und die Bediensteten dem Deutschum genützt. Hatten wir doch endlich einmal gründlich Gelegenheit, das Gefühl und die Manieren eines von Deutschum trübenden Beamten kennen zu lernen. Sein Nachfolger soll ein sehr einsichtsvoller Vorgesetzter sein.

Krems. Es hat ganz den Anschein, als ob Magazinmeister Wendt und der Heizhausarbeiter Rippes nur darauf trainiert wären, solche Leute die ihnen die Wahrheit sagen, aus dem Dienst zu bringen. Wendt selbst hat über Rippes folgendes zum Werkmeister Sussika gesagt: „Rippes ist ein durch und durch verlogener Mensch und gehöre absolut nicht auf die Eisenbahn!“ Rippes erzählte den Arbeitern, daß Wendt wegen der Abgänge bei der im Sommer stattgefundenen Materialkonfektionierung mit 2 Kr. bestraft worden sei und er werde Sorge tragen, daß er das nächstemal mit 5 Kr. bestraft wird. Die

zwei scheinen sich einander wert zu sein. Der im Garten und in der Tischlerwerkstätte dienstmachende Oberheizer Böll sagt, daß die rote Sojibande im Heizhaus ausgehängt werden müsse, daß früher keine Ruhe sein werde. Da kann er recht haben. Andererseits behaupten wir, so lange ein Rippes, ein Böll und ein Fauland mit ihrer Willkür im Heizhaus herrschen, wird keine Ruhe und kein Frieden eintreten.

Neumarkt in Steiermark. Eine außergewöhnliche Verrechnungsmethode hat sich der Bahnmeister Scharik zurechtgelegt. So zum Beispiel bekommt ein Wächtersubstitut, der um 10 Uhr vormittags den Dienst antritt und bis 2 Uhr nachts am Posten sein muß, sage und schreibe 7/10. Selbstverständlich sind die Substituten über diese Bezahlung empört, da der Bedienstete für zwei Tage nur eine Schicht und 7/10 bekommt, während er bei der Partie zwei Schichten macht. Ebenso verhält es sich mit dem Tagelohn der Bahnarbeiter. Die kroatischen Arbeiter erhalten um 40 S. täglich mehr als die hiesigen deutschen Arbeiter. Dafür kaufen ihm auch die kroatischen Arbeiter monatlich 700 Laib Brot ab, was ohne die Prozente der Brotfabrik einen Reingewinn von 42 Kr. abwirft. Angeblich soll die Frau des Bahnmeisters das Brotgeschäft führen, doch dazu stimmen die Äußerungen des Herrn Scharik, die er in Bad Gmünd zu den kroatischen Arbeitern machte, keineswegs. So sagte er unter anderem: „Wer bei mir nicht das Brot kauft, wird entlassen, jene, die das Brot bei mir kaufen, können weiterarbeiten. Auf die deutschen Arbeiter, aber wie sich der streitsüchtige Bahnmeister gern ausdrückt, „feirische Dickschädel“, ist Scharik nicht gut zu sprechen. Kommt der Bahnmeister auf die Straße, so wird mit den Bediensteten und Arbeitern herumgefrist, daß es ein Skandal ist. So ein nervöser Mann, wie Bahnmeister Scharik, gehört schon lange nicht mehr auf einen solchen verantwortungsvollen Posten. Wenn der gute Mann nicht bald seine Manieren gegenüber den Untergebenen ändert, dann müßten wir in einer der nächsten Nummern mit einigen Tatsachen nachhelfen.

Zglau. Wir sind gezwungen, die eigenartigen Manieren des Bahnmeisters Boden der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Zu seinen Untergebenen sagt er: „Lasshuben, ich gebe euch jeden ein paar Batzen. Ich jage euch alle zum Teufel. Ich werde euch schon zeigen, was ich alles machen kann“ u. s. w. Wir wollen nicht annehmen, daß diese Äußerungen die Folge seines Durchfalles als Kandidat der Wismaschpartei sind. Wenn der Herr Streckenvorstand nicht bald darauf schaut, daß diese „liebvolle“ Behandlung von seiten des Bahnmeisters aufhört, so wird es in kürzester Zeit kein anständiger Arbeiter mehr unter dem Bahnmeister Boden aushalten können.

Grubbach. (40 jähriges Dienstjubiläum.) Anlässlich des 40 jährigen Dienstjubiläums des Genossen Anton Theuer veranstaltete die hiesige Ortsgruppe am 11. November l. J. eine Feier, an der auch die organisierten Metallarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter und Maurer teilnahmen. Der Obmann der Ortsgruppe, Genosse Dietrich, hielt eine kurze, rührende Ansprache und überreichte dem Jubilar ein kleines Geschenk der Ortsgruppe. Genosse Theuer wurde, als hier im Jahre 1893 die Eisenbahnerorganisation gegründet wurde, in den Ausschuss gewählt, und ist der Organisation stets treu gewesen. Nach der Auflösung der Organisation blieb er Abmonteur des „Eisenbahner“ und wurde dann Mitglied des Allgemeinen Reichstages und Gewerkschaftsbundes. Durch zwei Perioden versah er die Funktion des Obmannes der Ortsgruppe und er war auch immer ein rühriger Kolporteur, der Hunderte Broschüren unter die hiesige Bevölkerung brachte, was ihm manchen Verdruß einbrachte. Wir beglückwünschen ihn auch von dieser Stelle zu seinem 40 jährigen Dienstjubiläum.

Wozan. (Heizhaus der Südbahn.) Unser Heizhauschef rühmt sich immer, daß er bei jeder Gelegenheit gerecht vorgeht. Dieses Eigenlob wird jedoch von dem Personal des Heizhauses stark bezweifelt, da sich bereits mehrere Fälle ereigneten, wo die Gerechtigkeit des Herrn Heizhauschefs direkt partiell genannt werden konnte. Wir verweisen nur auf den Lokomotivführeranwärter G., der zu 40.000 Kilometer als Heizer verurteilt wurde. Ebenso fährt der Lokomotivführer T. schon zwei Jahre bei der Reserve ohne jeden triftigen Grund. Ähnlich sind die Strafen gegen den Führer M. zustande gekommen, die einmal 5, das nächstemal 10 Kr. betrugen. Unser Heizhauschef mag in seinem Inneren gewiß gerecht fühlen, doch ist er den Denunziationen und Einschüflungen des „Instruktionsführers“ P. L. L. viel zu sehr zugänglich. P. L. L. rühmt sich vor seinen intimen Freunden: „was er sagt, das wird vom Chef gemacht“. Tatsächlich ist es auch so. P. L. L. führt im Heizhaus das große Wort. Wenn man dem großsprecherischen Menschen zuhört, so möchte man glauben, es sei wenigstens ein Minister an ihm verloren gegangen. Dabei ist dieser gute Mann, was seine praktischen Kenntnisse anbelangt, ein armfelliges Dackel, dem es vielfach an Erfahrung und Einsicht mangelt. Was solchen Leuten an praktischer Erfahrung mangelt, das suchen sie durch Grobheiten und unsinnige Anordnungen auf der anderen Seite zu ersetzen. So auch bei P. L. L.: Tepp und Trottel sind bei ihm geläufige Ausdrücke. Und solch einem Individuum wird vom Herrn Heizhauschef die Stange gehalten. Wenn der Heizhauschef wirklich gerecht sein wollte, dann müßte er die dienstlichen Meldungen und Beschwerden des P. L. L. genau auf die Wahrheit prüfen und wir sind überzeugt, daß so manche Strafe unterblieben wäre oder in Zukunft unterblieben möchte. Vielleicht interessiert sich die löbliche Maschinen- und Lokomotivdirektion der Südbahn für die Sache und sorgt dafür, daß im Heizhaus in Wozan anständige Verhältnisse Platz greifen.

Brünn I. (Heizhaus.) Die Behandlung der Untergebenen von ihren Vorgesetzten erinnert lebhaft an das Mittelalter. Die Umgangsformen der Herren Mistika und Fuchs sind jene eines galizischen Meierhofstrabanten. „Kaufes Lumpenpad“, „Ochsen“, „Esel“, „Schweine“ und sonstige liebliche Eigennamen sind hier gebräuchlich. Besonders Herr Ingenieur Fuchs macht sich auf diesem Gebiet gerne bemerkbar. Es wird Sache des Arbeiters zu sein, im Namen der Heizhausarbeiter bei der nächsten Sitzung die k. k. Direktion auf diese unmenschliche Behandlung aufmerksam zu machen.

Zglau. (Unfall.) Am 21. November wurde in der hiesigen Station der mit Geleisepuken beschäftigte Oberbauarbeiter Genosse Franz Zodi von einem abgestoßenen Zugteil bei der Arbeit rittlings niedergestoßen und überschlagen, wobei ihm der linke Fuß sowie der linke Arm total zerquetscht wurde. Außerdem erlitt er Verletzungen am Kopf und Hals. Derart schwer verletzt ließ man den Arbeiter beinahe eine halbe Stunde in seinem Blute am Platz liegen, denn es mußte erst darum gestritten werden, wer die Verpflichtung hat, den Schwerverletzten ins Spital zu transportieren. Der Stationsvorstand wollte hierzu weder Stations- noch Magazinspersonal herbeigehen, da dies angeblich dem Oberbau angeht (?), der Bahnmeister fand wieder, daß das Sandabladen dringender sei als ein schwerverletzter Arbeiter, und so kam es, daß Genosse Zodi während des Uebertragens ins Spital starb. Wenn wir auch in diesem Falle nicht glauben, daß der Schwerverletzte hätte können am Leben bleiben, so ist es doch notwendig, diesen Herrn zu sagen, daß bei Verletzten oft Minuten für das Leben entscheidend sind. Bei der k. k. De. N. W. ist das Zusammenrücken auf der Tagesordnung, da es notwendig, sofort Hilfe zu schaffen und wenn es auch nur ein Arbeiter ist. Genosse Zodi war ein ruhiger, nüchterner und fleißiger Arbeiter; er diente schon über 25 Jahre (obwohl er die Anzahl von Jahren, wo er die „Prämie“ erhalten sollte, von der er sich eine Verringerung der Teuerung versprach, vorüber hatte, erhielt er bisher noch

nichts). Am 24. November, nachmittags 4 Uhr, fand das Leichenbegängnis statt. Den Kondukt eröffnete eine Abteilung Zugbegleiter in Uniform, neben dem Sarge schritten 16 Fackelträger, an jeder Seite vier Uniformierte und vier Oberbauarbeiter mit ihren Bindlichtern; den Sarg und Leichenwagen bedeckten Kränze. Hinter den Leidtragenden schloßen sich in vier Reihen die Arbeitskollegen des Verstorbenen, ferner Kollegen von Nachbarstationen, Strecke sowie eine Anzahl von Bekannten und Frauen, die unseren Genossen bis zum Grabe das letzte Geleit gaben. Geradezu aufreißend wirkte es, daß der Beamtenkörper der Sektion sich vom Leichenbegängnis fernhielt. Oder sind nur Bedienstete hierzu da, wenn irgendwo ein Beamter stirbt, sich als unfreiwillige Staffage zu einem Leichenbegängnis „kommandieren“ zu lassen?

Der Herr Stationsvorstand hat doch schon bewiesen, wenn ein Bediensteter der Station stirbt, daß er die Mühe nicht scheut, sogar in Uniform, selbst bei schlechtem Wetter sich am Leichenbegängnis zu beteiligen; gerade so sollte man es vom Streckenvorstand Kantarati hoffen können, speziell wenn es sich um einen alten, pflichttreuen, im Dienste ums Leben gekommenen Arbeiter handelt.

Am Grabe hielt Genosse Sorowiz eine kurze Ansprache im Namen der Ortsgruppe Zglau des Allgemeinen Reichstagesbundes.

Versamlungsberichte.

Konstituierung der Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Südbahn“.

Am 27. November fand in den Mosenjalen in Favoriten unter massenhafter Beteiligung der Südbahnbediensteten Wiens und der Strecke die konstituierende Generalversammlung der Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Südbahn“ statt. Präsident Grüll teilte unter großem Beifall der Versammlung mit, daß von den Bediensteten auf der Strecke ohne Agitation und Aufforderung schon jetzt zwölftausend und von den Wiener Bediensteten zweitausend Anteilsscheine à 50 Kr. gezeichnet wurden. Der Redner wendete sich gegen die Agitatoren, gegen die Genossenschaft und gegen die Südbahnverwaltung, welche bekanntlich ihre materielle und administrative Mitwirkung an dem Unternehmen zugesichert, und bezeichnete die Tätigkeit dieser Leute als eine böswillige, die keine Abnung von der Materie haben und nur aus egoistischen und persönlichen Motiven jenseits dieser im Interesse der ganzen Südbahnerschaft gelegenen Baugenossenschaft seien. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten habe einer Deputation der Proponenten gegenüber erklärt, daß auf Grund der vorliegenden Statuten kein Anstand vorliegt, der Genossenschaft für eine namhafte Summe zu garantieren. Die im Zuge befindliche Aktion zur Erhöhung der Quartiergelder und Löhne werde durch die Genossenschaft in keiner Weise gestört, nachdem erstens die Südbahnverwaltung darüber bestimmte Zusagen gemacht habe und zweitens die Südbahner in dieser Angelegenheit von den Staatsbahnen abhängen.

In den Vorstand wurden gewählt: Aus dem Stande der Beamten: Revident Josef Grüll (Obmann), Revident Arnold Breuer (Schriftführer), Oberrevident Fritz Schiedt und Adjunkt Viktor Turl; aus dem Stande der Unterbeamten: Lokomotivführer Anton Franz, Bahnmeister Adolf Rejepsa und Managierbedient Adolf Scherer; aus dem Stande der Diener: der Konduktierer Franz Bradak und Rudolf Weigl sowie der Wagenaufseher Julius Jaich; aus dem Stande der Arbeiter: Michael Pöckl, Franz Kospichal und Wilhelm Straßer. In den Aufsichtsrat wurden gewählt (als Kandidaten der Südbahnverwaltung): die Herren: Oberinspektor Dr. Franz Baum (Obmann), Inspektor und Abteilungsvorstand Julius S. Desjane und Inspektor Ignaz Bauer; ferner die Herren: Revident Johann v. Cerba, Oberrevident Georg Bachhofer und Adjunkt Josef Schmid; als Ersatzmänner: Inspektor Ingenieur Franz Ritter v. Berger, Revident Franz Bergmann, Adjunkt Johann Heigl, Oberrevident Franz Hörtelner, Adjunkt Gustav Matkusch und Revident Emanuel Kinagl. Obmann Grüll dankte in seinem Schlusswort den Proponenten für ihre Mitarbeit an dem großen Werke, insbesondere den Vertretern der Südbahnverwaltung, Oberinspektor Dr. Franz Baum und Inspektor Julius S. Desjane.

Wozan I. Am 30. November sprach hier in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung Genosse Scheibler über die Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Bedienstete und Arbeiter der Südbahn.

Bordernberg. Am 19. November referierte hier in einer öffentlichen Versammlung Genosse A. Müller über die Teuerung und die Forderungen der Eisenbahner.

Sigmundsherg. Am 3. Dezember fand hier eine Versammlung der Eisenbahner statt, wo über die Einführung der Linterbienenunterstützung referiert wurde. Die Mitglieder der Ortsgruppe beschloßen den Beitritt mit großer Majorität.

Karlsbad. Am 19. November fand in Karlsbad eine gute besuchte Versammlung der Bahnhalterarbeiter statt, in welcher Genosse Kraus das Referat erstattete.

Aus den Organisationen.

Zweitl. Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Leopold Behm, Obmann, Johann Leidensroft, Stellvertreter; Silberer Solterer, Kassier. Zuschriften sind an Leopold Behm in Groß-Globitz Nr. 46 zu senden.

Brünn II. (k. k. Nordbahn.) Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Genosse Weiner sein Mandat als Obmann niedergelegt hat. Von nun an sind sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten an den ersten Obmannstellvertreter Genossen Ignaz Engel, Offiziant der k. k. Nordbahn, Grillowiggasse 16, Parterre, zu richten. Genosse Engel ist täglich ab 1/8 Uhr abends, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, in seiner Wohnung zu sprechen und erteilt auch Auskünfte in Rechtsschutz- und Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden weiters ersucht, ihre reifizierten Mitgliedsbeiträge bis Mitte Dezember zu begleichen, damit der Kassier den Jahresabschluss fertigstellen kann. Jene Mitglieder, die trotz schriftlicher Aufforderung bis zum 15. Dezember ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt haben und vier Monate schulden, werden (Krankheit, Unglücksfälle in der Familie oder unerschuldete Notlage ausgenommen) aus der Mitgliedsliste statutenmäßig gestrichen. Am 18. Dezember findet im Vereinslokal, Zerb Nr. 15, um 1/8 Uhr abends, eine Vereinsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die neuzugewählte Linterbienenunterstützung in unserer Organisation, 2. Bericht über die Situation in der Eisenbahnerbewegung, statt. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Technisches.

Eine neue Sicherheitseinrichtung für Eisenbahnen. Unter den Mitteln, Verspätungen in der Beachtung von Gefahrsignalen oder das unbewußte Ueberfahren eines Haltesignals zu verhüten, gelten Wiederholungssignale auf den Lokomotiven als die wirksamsten. In Belgien sind Versuche mit einer von Vital César angegebenen Signaleinrichtung gemacht worden,

Der steuernde Teil ist ein in entsprechender Entfernung von dem Streckensignal ins Geleise eingebauter Streckenstromschließer, der durch Schalter und Stromleitung mit dem Arm des Streckensignals verbunden ist; der zeichnende Teil befindet sich auf der Lokomotive und besteht aus dem Wiederholer, einer Warnungspfeife und Nebenapparaten, welche den Lokomotivführer unter Umständen zum Eingreifen nötigen. Die Signalvorrichtung befindet sich in einem unmittelbar dem Stand des Führers gegenüber angebrachten Blechkästchen, unter Glas, und ahmt ein einarmiges Streckensignal nach. Die für Luftdruck oder Dampfbetrieb eingerichtete Warnungspfeife hat jede Zeichenänderung durch ihr vorübergehendes oder andauerndes Erörtern zu veranlassen. Während der glatten Fahrt außerhalb der Wirkungssphäre eines Hauptsignals der Strecke steht der Arm des Wiederholers in einem Winkel von 45 Grad schräg nach aufwärts, zeigt also freie Fahrt an und die Warnungspfeife schweigt. Sobald jedoch der Zug über einen mit dem nächsten Streckensignal verbundenen Streckenstromschließer fährt, erfolgt auf der Lokomotive die Betätigung der Signaleinrichtung, wobei diese die Lage kennzeichnet, welche das Streckensignal einnimmt, dem sich der Zug nähert. Ist das Streckensignal auf freie Fahrt gestellt, dann fällt der Arm des Wiederholers in die wagrechte Lage (Halt), kehrt jedoch unverzüglich wieder in die Stellung für freie Fahrt zurück, ein kurzer Pfiff der Warnungspfeife ertönt, der Führer, welcher hiedurch Kenntnis erhält, daß er sich einem Streckensignal, welches freie Fahrt gestattet, nähert, braucht keinen Eingriff an der Signaleinrichtung der Lokomotive vorzunehmen. Steht jedoch das Streckensignal auf Halt, dann fällt der Arm des Wiederholers in die wagrechte Stellung, in der er dann verbleibt, während andauernd die Warnungspfeife ertönt. Durch Ziehen eines ledernen Schiebers kann der Führer den Wiederholer und die Pfeife wieder in die Ruhelage bringen. Wenn das Signal auf Vorsicht gestellt ist, dann nimmt der Arm des Wiederholers dauernd die Mittellage zwischen frei und Halt ein, und die Warnungspfeife ertönt ununterbrochen. Auch dieser Zustand dauert so lange, bis ihn der Führer durch Niederdrücken eines besonderen Tastknopfes mechanisch abstellt. Das Signal Vorsicht hat den besonderen Zweck, an Bahnhöfen oder Abzweigungen anzuzeigen, wenn die Weichen mit verminderter Geschwindigkeit befahren werden sollen. Die ganze Art der elektrischen Anlage gewährleistet die Unschädlichmachung jedes Betriebsfehlers. Daß immerhin gewisse, den elektrischen Signaleinrichtungen überhaupt anhaftende Mängel bleiben, liegt in der Natur der Sache.

Verschiedenes.

Ein päpstliches Verbot, Geistliche anzuklagen. Durch den Papst wurde ein neues Motu proprio veröffentlicht, wonach es bei Strafe der Exkommunikation den Gläubigen verboten wird, Geistliche ohne kirchliche Erlaubnis vor die weltlichen Gerichte zu ziehen. Den Anlaß gaben die jüngsten Prozesse gegen Geistliche.

Diese dreiste Annahme ist natürlich nur ein Verjudungsballon; Rom will sehen, wie weit seine Macht reicht. Man wird sich fragen, ob unseren Staatsanwälten, die doch aus staatsrechtlich guten Ansprüchen sein müssen, der päpstliche Befehl oder die Amtspflicht höher steht.

Literatur

Der beste Führer für Bücherkäufer. Ein ganzes Buch, 138 Seiten, versteht unsere Parteibuchhandlung, die Wiener Volksbuchhandlung, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18, auf Wunsch an alle Arbeiterbibliotheken und sonstige Interessenten ganz kostenlos. Es ist das der Lagerkatalog unserer Parteibuchhandlung, der allein schon den Beweis für den großen Umfang dieses wichtigen Parteigeschäftes schafft. Die Bücher des eigenen Verlages umfassen allein 26 eng gedruckte Seiten, sie spiegeln das Bild der großen geistigen Arbeit unserer Partei wider. Keine Partei in Österreich vermag über eine so reichhaltige Literatur zu verfügen, wie die Sozialdemokratie. Dabei kommt uns noch zugute, daß auch die reichsdeutschen Parteischriften, deren Verzeichnis 22 Seiten füllt, für unsere Agitation außerordentlich wertvoll sind. Nicht bloß die Parteischriften im engeren Sinne liefert unsere Parteibuchhandlung. In ihren Beständen, über die der Lagerkatalog Auskunft erteilt, finden wir auch zahlreiche staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche, geschichtliche und naturwissenschaftliche Bücher und Schriften, Reiseberichte, Gedichte, Romane, Dramen, die Klassiker in verschiedenen Ausgaben, wobei die billigen aber gut ausgestatteten besonders hervorgehoben sind. Philosophische Werke, Zeitschriften, Photographien, Musikalien, Kunstblätter, dann die verschiedenen Ausgaben der österreichischen Gesetze und zahlreiche wertvolle im Preise herabgesetzte Werke aus allen Fächern, endlich Schriften gegen den Alkohol und Jugendschriften enthält der Lagerkatalog in reicher Fülle. Wer eine Bibliothek erwerben will, wer sie zu ergänzen bemüht ist, wer literarisch und parteipolitisch sich auf dem laufenden erhalten will, vor allem aber, wer dafür zu sorgen hat, daß die Bibliotheken in unseren Vereinen richtig ergänzt und auf der Höhe erhalten werden, der wird in dem Lagerkatalog unserer Volksbuchhandlung einen zuverlässigen und stets bereiten Helfer finden. Man bestelle mittels Korrespondenzkarte diesen außerordentlich reichhaltigen Katalog bei der Wiener Volksbuchhandlung, Wien, VI., Gumpendorferstraße 18, worauf sofortige Gratis- und Franksendung desselben nach dem In- und Ausland erfolgt.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

An die Generaldirektion der a. priv. Vöslacher Eisenbahn in Prag.

Im letzten Schreiben, laut Zahl 8785, vom 13. März 1905, welches ich von der Generaldirektion erhalten habe, wurde mir zu meinem Troste die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß alle Gesuche und Eingaben zur Erlangung meines eingezahlten Provisionsfondsgeldes zwecklos und auch unbeantwortet bleiben. Das ist die beste Antwort, die man einem gemäßigten Arbeiter geben, um ihn kurz abzufertigen. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Generaldirektion der B. E. W. die kühnste Gleichgültigkeit gegen Not und Unrecht hat. Es sollen aber derartige Vorgänge nicht in die Vergessenheit geraten, sondern ohne aller Mühsal der Öffentlichkeit übergeben werden. Wenn sich niemand fürchten würde, zu sagen, was die Sache ist, so würden alle Sachen besser gehen, überhaupt bei der B. E. W. Was ein gerechter Mann für wahr und recht hält, hat er öffentlich zu sagen den Mut, oder es ist eine Sache, die nicht gesagt werden kann, und dann ist sie nicht ganz wahr.

Zu meiner Dienstzeit hauste in der Werkstätte der B. E. W. in Komotau der allgewaltige Werkstättenpächter Ingenieur Wenzel Urban. Dieses Herrchen war jahrelang der obnein geknechteten und ausgebeuteten Arbeiter eine unerträgliche Geißel im wahren Sinne des Wortes, wenn ich nicht irre auch die der Beamten. Dieser allgewaltige Werkstätteninhaber hatte eine Kohorte zur Verfügung, die sich aus Bauchrutschern, Speichelliedern, Wohlbedienten und sonstigen Kreaturen rekrutierte, die seine Befehle mit großer Sorgfalt und hündischer Anhänglichkeit ausführten, dafür brauchten sie

wenig arbeiten, erhielten viel Geld und obenrauf hatte diese Sorte von Leuten noch Privilegien. Eingegen mußten die anderen Arbeiter, die nicht der Kohorte angehörten und keine Privilegien besaßen, durch das ganze Jahr, auch an Sonn- und Feiertagen, schinden, sie mußten mit manchmal paar Gulden zu ihren verkürzten Familien nach Hause gehen, mit dem Bewußtsein, daß sie die nächste Auszahlung noch weniger bekommen und wieder das ganze Monat gemartert und gepeinigt werden. Unter dieser Despotenherrschaft wußte man nicht, ob man sich in einer Werkstätte oder in einer Zwangsarbeitsanstalt befindet. Ein Glück für die Despoten, daß die eine Hälfte der Menschen nicht denkt und die andere nicht fühlt.

Da ich als offener und gerechter Mann das wahrhaft ungerechte Vorgehen dieses Werkstättenpächters nicht billigte und kein Denunziant oder Bauchrutscher war, fand ich diesem Herrn nicht zu Gefallen, wurde von früh bis Abends auf alle erdenklichen Arten verfolgt, seßhaft und gepöbelt, bis er endlich einen Vorwand fand, der meine Entlassung herbeiführte. Ich wurde nach bereits zehnjähriger Dienstzeit ohne ärztlicher Untersuchung, Rechtfertigung oder Kündigung aus dem Bahndienst entlassen.

Nur diesem gewissenlosen Ingenieur Wenzel Urban habe ich es zu verdanken, daß ich durch seine Handlungsweise sowie unwahre Berichte an die Generaldirektion ruiniert worden bin. Dieselben unwahren Angaben wurden beim k. k. Bezirksgericht zu Komotau gegen mich getan, meine fünf angegebenen Zeugen wurden zur Verhandlung nicht vorgelassen. Nun kann sich jedermann ein Bild von der sauberen Verhandlung machen. Auf diese Art und Weise wurde ich abgefertigt.

Hat nun die Generaldirektion oder der Herr Wenzel Urban Sorge um mich? Fragt jemand von denen, die mich ruiniert haben, wie es mir gefällt oder ob ich leben kann? Nein! Darum bin ich gezwungen, diesen Sachverhalt zu veröffentlichen. Der allgewaltige Werkstättenpächter Wenzel Urban hat nun sein Ziel erreicht, er sitzt gemächlich als Oberinspektor in wohlverdientem Ruhestand. Wenn er aber zurückdenkt, muß ihm das Gewissen jagen: Arbeiterblutstropfen hängen daran und unzählige Flüche und Vermüdungen. Ich bin der Ansicht, daß derartige Leute überhaupt kein Gewissen haben. Ihr Gewissen ist der Geldsack. Ob sie einen armen Menschen ruinieren oder ins Unglück stürzen, da liegt ihnen nichts daran. Es ist nur ein gewöhnlicher Arbeiter, ist ihr Wahlpruch.

Nun frage ich: Von allen diesem war die Generaldirektion wohl und weislich unterrichtet, indem ich unzählige rekommandierte Briefe und Gesuche behufs Rechtfertigungseingabe eingereicht habe. Aber warum blieb alles erfolglos?

Warum hat die Generaldirektion der B. E. W. auf meine unzähligen rekommandierten Briefe und Gesuche, in welchen ich um Anordnung meiner Rechtfertigungseingabe bat, diese nicht angeordnet?

Was es nicht Pflicht und Schuldigkeit der Generaldirektion, mich und meine fünf Zeugen einzunehmen?

Wären die von mir namhaft gemachten Zeugen, die mit den ganzen Verhältnissen vertraut waren, mit mir einvernommen worden, so würde das despotische Vorgehen des Ingenieurs Wenzel Urban, der sich gelegentlich sogar zur Äußerung verließ: „Die Generaldirektion bin ich!“ klar hervorgekommen sein.

Laut einer Zuschrift der Ausgabenkontrolle der a. priv. B. E. W. habe ich den Betrag von 100 Gulden 26 Kreuzer = Nr. 218-52 eingezahlt. Dieser Ausweis vom 8. September 1907 wurde mir von der B. E. W. zugesandt. Mit welchem Recht kann eine B. E. W.-Gesellschaft meine eingezahlten Blutkreuzer so vieler Jahre vorbehalten, indem ich weder etwas gefohlen oder verbrochen habe und zu keiner Rechtfertigung zugelassen wurde? Oder glaubt eine a. priv. B. E. W., daß sie auch das Privilegium besitzt, einen armen Arbeiter seine sauer erkundenen Groschen wegzuprivilegieren? Das glaubt sie hoffentlich selbst nicht, und ich will es noch viel weniger glauben.

Sollte mir mein eingezahltes Provisionsfondsgeld abermals nicht ausgezahlt werden, so werde ich unerschrocken weiter nach Gerechtigkeit rufen. Sollte die Generaldirektion an der Wahrheit dieser kleinen Abhandlung zweifeln, so soll man mich nur belangen. Ruhen werde ich nicht früher, bis diese Angelegenheit beigelegt ist und mir mein Eigentum zürückstet wird. Weiter verlange ich nichts.

Komotau, am 23. November 1911.
Josef Baumgärtner,
Zitherspieler, Komotau, Sandgasse 11.

Meine Erfahrungen haben ergeben, daß die Verhütung gefährlicher Erkrankungen in erster Reihe durch die Befämpfung der alltäglichen, oft ganz harmlos scheinenden Unpfllichkeiten mit gutem Erfolg bewirkt wird. So hat sich auch Dertens Lindenhof (Strup) als gutes Verhütungsmittel bei Husten, schwerem Atmen, Verschleimung, Nachtschweiß, Schnupfen, Influenza u. bewährt. Es löst den Schleim, macht Appetit und erhöht das Körpergewicht. Die Probeflasche um 3 Kr., große Flasche um 5 Kr. sind per Nachnahme im Hauptdepot: Hugo Dertens Apotheke in Budapest, Thökölystraße 28, Depot 12. zu bestellen.

Bekanntmachung der Administration.

Anlässlich des bevorstehenden Jahreschlusses ersuchen wir sämtliche P. T. Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die Abrechnungen und Geldsendungen für die im Monat Dezember einfließenden Beiträge bestimmt bis längstens 27. Dezember zur Aufgabe zu bringen, so daß dieselben bis 31. Dezember in der Zentrale noch eintreffen und im Berichte per 1911 noch erscheinen können.

Alle nach dem 31. Dezember in der Zentrale für 1911 noch eintreffenden Geldbeträge können im Berichte für dieses Jahr nicht mehr Berücksichtigung finden, ein Umstand, welcher — wie die Erfahrung der Vorjahre gelehrt — zur Folge hätte, daß der Rechnungsabschluss der Zentrale mit jenen der Ortsgruppen nicht übereinstimmen und zu Reklamationen Veranlassung geben würde.

Desgleichen ersuchen wir auch alle sonstigen, für Kalender u. c. bis Dezember noch einfließenden Beträge in vorbezeichnete Weise abzuführen.

Ferner haben die Ortsgruppen- und Zahlstellen die ihnen zugeordneten neuen Kassabücher ab 1. Jänner 1912 in Verwendung zu nehmen und sind von jenen Ortsgruppen- und Zahlstellen, die sie bis jetzt noch nicht erhalten, selbe anzufordern und die vollgeschriebenen Bücher der Zentrale zur Einsicht vorzulegen.

Zur Erstellung der Statistik für das Jahr 1911 wurden bereits an sämtliche Ortsgruppen, respektive Zahlstellen Formulare zugesandt, in welchen der Mitgliedsstand nach Kategorien und, wo mehrere Namen in Betracht kommen, auch nach Bahnen aufzuteilen sein wird. Die verstaßte De. R. B. V., St. E. W., Nordbahn und B. R. B. sind, so wie bisher, getrennt anzuführen.

Dieser statistische Vogen ist spätestens bis zum 10. Jänner 1912 an die Zentrale einzusenden.

An unsere P. T. Genossen und Mitglieder!

Nachdem die erste Auflage unseres Eisenbahnerkalenders vergriffen ist, sind wir gezwungen, eine zweite Auflage herzustellen. Wir ersuchen daher alle Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen, die bisher noch keine oder gegenüber dem Vorjahre nur eine geringe Bestellung machten, dies so rasch als möglich zu tun, damit wir die Höhe der Auflage bestimmen können. Auf alle Fälle bitten wir um den regsten Vertrieb eures Jahrbuches.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß in unserem Verlag der Eisenbahnenkalender per 1912 für die polnischen Genossen (Kalendary kolejarski) erschienen ist und zu denselben Bedingungen wie bei dem deutschen Kalender zu beziehen ist. Beide Jahrbücher sind unentbehrliche Behelfe für jeden organisierten Eisenbahner.

Sprechsaal.

Erklärung.

Geeben wurde mir mitgeteilt, daß mein Name auf der gemeinsamen Liste des „Südbahnverbandes“ und des „Verkehrsbundes“ als Kandidat für die Personalkommission der Südbahn enthalten sein soll. Selbstredend protestiere ich gegen eine derartige Aufstellung und erkläre, daß ich weder mit dem „Verkehrsbund“ noch mit dem „Südbahnverband“ irgend etwas gemein haben will. Für die Veröffentlichung freundlichst dankend

Raimund Luchner
Rifoldsdorf in Tirol.

Achtung! Unterbeamte, Diener und Arbeiter der k. k. Nordbahn!

Genossen und Kollegen!

In wenigen Tagen wird die Neuwahl der Lokalüberwachungsausschüsse des Lebensmittelmagazins der k. k. Nordbahn vorgenommen werden. Eine dreijährige Funktionsperiode des bisherigen Ausschusses haben wir zu überprüfen und müssen konstatieren, daß es trotz eines gänzlich unzulänglichen Reglements gelungen ist, einige Reformen durchzuführen, Unzulänglichkeiten abzustellen und einigermaßen Ordnung in die äußere Geschäftsabwicklung zu bringen.

Doch vieles ist noch zu leisten. Die gesamte innere Geschäftsabwicklung, die Offertverhandlungen, der Wareneinkauf, die Preisbestimmung, Aufstellen der Bilanz, Neuanschaffungen, die Lohn- und Dienstverhältnisse der Bediensteten des Lebensmittelmagazins u. c. sind für die Konsumenten, die hierfür die Mittel aufzubringen haben, Dinge von größter Wichtigkeit, auf die sie jedoch laut Reglement keinerlei Einfluß ausüben können. Da muß es die vornehmste Aufgabe des neuen Ausschusses sein, diesen so wichtigen Einfluß zu erringen und die sich diesen Bestrebungen widriger entgegenstellenden Widerstände zu beseitigen. Um dies aber zu ermöglichen, ist es notwendig, daß jedes Mitglied des Lebensmittelmagazins nur solchen Männern seine Stimme gibt, die eine wirkliche Vertretung der Konsumenteninteressen verbürgen.

Die Organisation empfiehlt folgende Genossen zur Wahl:

Für den Lokalüberwachungsausschuß in Wien:

a) Unterbeamte:

Michael Grün, Oberkondukteur, Wien.
David Kofotnik, Offiziant, Silgutaufgabe, Wien.

b) Diener:

Anton Grafer, Kondukteur, Wien.
Eduard Windisch, Drucker, Wien.

c) Arbeiter:

Josef Varon, Schlosser, Lokomotivwerkstätte Floridsdorf (wohnt in Wien).
Josef Zubass, Schlosser, Bahnerhaltungssektion Wien.

Für den Lokalüberwachungsausschuß in Floridsdorf:

a) Unterbeamte:

Ernst Knapp, Offiziant, Floridsdorf.

b) Diener:

Karl Maurer, Kangleidiener, Wien (wohnt in Floridsdorf).

c) Arbeiter:

Matthias Konetschn, Schlosser, Floridsdorf (Lokomotivwerkstätte).

Für den Lokalüberwachungsausschuß in Prerau:

a) Unterbeamte:

Abalbert Hartl, Lokomotivführer, Prerau.

b) Diener:

Stephan Bzrazil, Kondukteur, Prerau.

c) Arbeiter:

Thomas Pumper, Aushilfsstationsdiener, Prerau.

Für den Lokalüberwachungsausschuß in Mährisch-Osttau:

a) Unterbeamte:

Josef Erban, Stationsmeister, Mährisch-Osttau-Oberfurt.

b) Diener:

Seinrich Blazek, Magazinaufseher, Mährisch-Osttau-Oberfurt.

c) Arbeiter:

Josef Hofel, Dreher, Mährisch-Osttau-Oberfurt.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Österreichs.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach.

Ist einer k. k. Staatsbahndirektion in Villach bekannt, daß die Oberbauarbeiter, welche die ganze Nacht zum Schneeschaukeln verwendet werden, nur den einfachen Taglohn bezahlt erhalten? Nachdem überall für die Nachstunden der anderthalbfache Taglohn bezahlt wird, so bitten die Oberbauarbeiter in Knittelfeld, die k. k. Direktion möge diesbezüglich den Herrn Inspektor Siba darüber entsprechend belehren.

An die löbliche Verkehrsdirection der Südbahn.

Das Magazinpersonal der Station Trient hat am 23. September 1911 ein Gesuch um Abänderung der bestehenden Arbeitszeit dem Herrn Inspektor übergeben mit der Bitte, dieses der löblichen Verkehrsdirection zur Erledigung zu unterbreiten. Da bis heute weder eine Erledigung noch sonst eine Antwort auf dieses Ansuchen erfolgte, so bitten die Betroffenen, um eine ehebaldige Erledigung ihres Memorandums.

An unsere Mitglieder und Berufskollegen!

Werte Genossen und Kollegen!

Wie wir bereits in der Beilage zur Nummer 19 des „Eisenbahner“ vom 1. Juli 1910 ausgeführt haben, hätte, um dem Wunsche vieler Mitglieder zu entsprechen, eine Hinterbliebenenunterstützung innerhalb unserer Organisation eingeführt werden sollen. Zu diesem Zwecke wurde von der Zentrale ein diesbezügliches Elaborat ausgearbeitet und auch in der vorerwähnten Beilage den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Als Grundlage der damaligen Berechnungen war die obligatorische Einführung angenommen.

Um aber in dieser so wichtigen Frage ein klares Bild über die Meinung der Gesamtheit der Mitglieder zu erlangen, erhielt jedes Mitglied einen Stimmzettel, um so seinem freien Willen, für oder gegen diese Einführung, Ausdruck geben zu können. Von den 60.000 verausgabten Stimmzetteln wurden 13.049 „für“ und 6589 „gegen“ die Einführung abgegeben und die Mehrzahl der übrigen Stimmzettel sprach sich nur für eine Einführung aus, bei der den Mitgliedern der Beitritt freistehen sollte. Da aber die endgültige Beschlussfassung über die Einführung einer Hinterbliebenenunterstützung der Delegiertenkonferenz vorbehalten war, so hat die Zentrale in der am 25. bis 29. Juni 1911 tagenden Delegiertenversammlung über das Ergebnis dieser Abstimmung sowie über die von mehreren Vertrauensmännern geäußerten Wünsche berichtet.

Nachdem sich die Mehrheit der Mitglieder nur für eine freiwillige Einführung erklärten und auch ihre Delegierten beauftragt hatten, nur für eine solche zu stimmen, so wurde in der obgenannten Delegiertenkonferenz die Einführung einer fakultativen Hinterbliebenenunterstützung beschlossen, das heißt es wird jedem Mitgliede freigestellt, dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beizutreten oder nicht. Da, wie schon früher erwähnt, an den verlautbarten Bestimmungen nur bei einer obligatorischen Einführung hätte festgehalten werden können, so mußten infolge des neugefaßten Beschlusses neue Berechnungen und Abänderungen durchgeführt werden.

Die nun neuangestellten Berechnungen haben unter Berücksichtigung des Umstandes, als es unseren Mitgliedern freistehen soll, zu diesem Fonds beizutreten, ergeben, daß, wenn circa 30.000 Mitglieder dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, die Hinterbliebenenunterstützung unter nachfolgenden Bedingungen und in festgesetzter Höhe eingeführt werden kann:

1. Die Hinterbliebenenunterstützung ist ab 1. Jänner 1912 fakultativ und nur für Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines einzuführen.

2. Der Beitrag für diesen Fonds beträgt einheitlich per Monat und Mitglied 50 Heller.

3. Die Hinterbliebenenunterstützungsquote beträgt beim Ableben des Mitgliedes selbst:

Bei einem Beitrittsalter bis 30 Jahren:

- | | |
|---|---------|
| a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . | 100 Kr. |
| b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmzeit . . . | 200 „ |
| c) „ „ „ „ „ „ | 300 „ |
| d) „ „ „ „ „ „ | 400 „ |

bei einem Beitrittsalter über 30 bis 40 Jahren:

- | | |
|---|---------|
| a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . | 100 Kr. |
| b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmzeit . . . | 200 „ |
| c) „ „ „ „ „ „ | 300 „ |

bei einem Beitrittsalter über 40 bis 50 Jahren:

- | | |
|---|---------|
| a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . | 100 Kr. |
| b) nach weiter zurückgelegter zweijähriger Teilnahmzeit . . . | 200 „ |

bei einem Beitrittsalter über 50 Jahren:

- | | |
|--|---------|
| a) nach Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit . . . | 100 Kr. |
|--|---------|

Die zulässig geringste Unterstühtungsquote für das Mitglied selbst wäre somit einheitlich 100 „

die zulässig höchste Quote aber verschieden nach der Verschiedenheit des Beitrittsalters, und zwar:

bei einem Beitrittsalter bis 30 Jahren 400 „

„ „ „ „ über 30 bis 40 Jahren 300 „

„ „ „ „ 40 „ 50 „ 200 „

„ „ „ „ 50 Jahren 100 „

4. Als Beitrittsalter ist jenes Altersjahr des Beitretenden zu verstehen, welches er bei seinem Beitritte zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds bereits vollendet hat.

5. Für die gegenwärtig dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehörenden Mitglieder und alle jene, die noch vor dem 31. Dezember 1911 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein beitreten, wird, wenn sie dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, als Beitrittsalter jenes Altersjahr angenommen, welches sie bei ihrem Beitritt zum Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein vollendet haben.

Beispiel: Genosse Hofer trat mit 1. Juli 1898 der Organisation bei und stand damals im Alter von 28 Jahren. Hofer tritt nun in der Zeit bis 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds bei und kann sich daher einen Anspruch von 400 Kr. Unterstützung erwerben, und zwar weil er zur Zeit des Beitrittes zur Organisation erst 28 Jahre alt war. Würde Hofer aber erst nach dem 31. März 1912 beitreten, so würde er, da Hofer nun 41 Jahre alt ist, bei gleichem Beitrag bloß 200 Kr. erhalten können. Aus diesen beiden Beispielen ist zu ersehen, welchen Vorteil der Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds bis zum 31. März 1912 bietet.

6. Alle jene Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, welche am 1. Jänner 1912 bereits drei Monate dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein angehören und dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds spätestens bis 31. März 1912 beitreten, haben keine Karenzzeit, das heißt, sie haben sofort Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

Beitrittserklärung

zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich.

Ortsgruppe:

Mitgliedsnummer:

Name:

Beruf:

Geburtsdaten (Ort, Tag, Monat, Jahr):

Stand (ledig, verheiratet, verwitwet):

Ist Mitglied des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich seit:

am 191.....

Die Richtigkeit dieser Angaben bestätige ich durch meine

Ortsgruppenstamptlie:

eigenhändige Unterschrift (des Beitretenden):

7. Alle Personen, welche bis zum 31. März 1912 dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein und auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine dreimonatige Karenzzeit, das heißt, sie haben auf die ihnen zukommende Unterstützungsquote erst nach dreimonatiger Mitgliedszugehörigkeit zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds Anspruch.

8. Diejenigen, die erst nach dem 31. März 1912 dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten, haben eine zweijährige Karenzzeit, das heißt, sie haben erst nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Fonds Anspruch auf die auf sie entfallende Hinterbliebenenunterstützungsquote.

9. Für Mitglieder, die vor Ablauf der vorgeschriebenen Karenzzeit durch einen Eisenbahnunfall getötet wurden, ist die Karenzzeit mit dem Todestage abgelaufen.

10. Jene anspruchsberechtigten Mitglieder, die aus dem Eisenbahndienst scheiden, können über eigenes Verlangen bei Verzichtleistung aller erworbenen Rechte mit 50 Prozent der eingezahlten Hinterbliebenenfondsbeiträge, abzüglich einer eventuell schon ausbezahlten Hinterbliebenenunterstützungsquote abgefertigt werden, oder, wenn deren Einkommen nach dem Ausscheiden aus dem Eisenbahndienst erwiesenermaßen nicht höher als 600 Kr. jährlich ist, durch Leistung der Fondsbeiträge allein sich die erworbenen Rechte auf die Hinterbliebenenunterstützung wahren.

11. Die Beiträge sind im vorhinein zu entrichten und bedingt ein Rückstand in der Zahlung der Beiträge für den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein (§ 9 der Statuten) sowie der Beiträge für den Hinterbliebenenunterstützungsfonds von drei Monaten den Verlust des Anspruches auf die Hinterbliebenenunterstützungsquote.

12. Mitglieder, welche aus einer Bruderorganisation in den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein übertreten, werden in Bezug auf die Hinterbliebenenunterstützung den neubeitretenden Mitgliedern gleichgestellt.

13. Beim Ableben der Frau eines Mitgliedes wird die Hälfte jener Hinterbliebenenunterstützung ausbezahlt, auf welche das Mitglied zur Zeit des Ablebens der Frau Anspruch hat.

Wurde beim Ableben der Frau eines Mitgliedes eine Hinterbliebenenunterstützung bereits ausbezahlt, so wird beim Ableben des Mitgliedes selbst der schon ausbezahlte Betrag von der fälligen Hinterbliebenenunterstützung in Abzug gebracht.

Jene weibliche Person, die mit dem Mitglied in letzter Zeit in wirtschaftlicher Gemeinschaft gelebt hat, ist der Ehegattin gleichzuhalten.

14. Diese Bestimmungen können nur durch die Generalversammlung des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines abgeändert werden.

Die angeführten prinzipiellen Bestimmungen des einzuführenden Hinterbliebenenunterstützungsfonds sind unseres Erachtens so klar, daß hierzu eine Erläuterung eigentlich ganz überflüssig wäre.

Natürlich mußte bei Festsetzung einzelner Punkte in diesen Bestimmungen das Hauptaugenmerk auf die vollständige Sicherung des Fonds, beziehungsweise der Rechte, die sich die Mitglieder erwerben würden, gerichtet werden, sowie darauf, daß für einen möglichst geringen Beitrag das möglichst Meiste geboten werde. Die

uns bekannten Wünsche unserer Mitglieder wurden nach Möglichkeit berücksichtigt, so wie die anlässlich der geplanten obligatorischen Einführung des Hinterbliebenenunterstützungsfonds erstellten Bestimmungen, die in einem Zirkulare im „Eisenbahner“ Nr. 19 des Jahres 1910 veröffentlicht wurden, tunlichst festgehalten. Neu ist nur die Verschiedenheit der Hinterbliebenenunterstützungsquoten. Diese Neuerung war für eine fakultative Einführung unbedingt notwendig und unerlässlich, denn wenn einerseits der Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds jedem Mitgliede zur beliebigen Zeit freisteht, so entsteht andererseits wieder die Notwendigkeit, die Unterstützungsquoten in das richtige Verhältnis zu den Leistungen der Mitglieder zu bringen, was eben durch die Stufeneinteilung nach dem Alter in unseren Bestimmungen festgelegt ist. Hätten wir diese Verschiedenheit nicht, dann wäre die finanzielle Sicherheit des Fonds eine fragliche, denn es würden wohl alle an Jahren alte Eisenbahner gerne dem Fonds beitreten, während die jungen Elemente den Beitritt möglichst hinausschieben würden.

Selbstverständlich ist aber, daß hierbei die Zentrale ihrer alten, bewährten Kerntruppe nicht vergaß und für die gegenwärtigen Mitglieder der Organisation, je nach der Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit, in den Punkten 5 und 6 der Bestimmungen einige nicht unbedeutende, aber in jeder Hinsicht berechnete, insbesondere mit dem Zweck dieser Neueinführung begründete Begünstigungen gewährte; notwendig war aber hierbei wieder, diese Begünstigung zeitlich zu beschränken.

Daß auch beim Ableben der Frauen genutzberechtigter Mitglieder ein Teil, und zwar die Hälfte der Unterstützungsquote, auf die das Mitglied Anspruch hätte, ausbezahlt wird, ohne daß hierfür für die Frau auch nur der geringste Beitrag geleistet werde, ist schließlich ein Vorteil, der in keinem solchen Versicherungs-, beziehungsweise Unterstützungswege zu finden ist.

Die Zentrale hat bei der Festlegung der Bedingungen, unter welchen die Hinterbliebenenunterstützung eingeführt wird, getrachtet, in gerechter Weise ihren Mitgliedern für den geringen Beitrag von 50 G. per Monat das möglichst Beste zu bieten. An den Mitgliedern ist es nun gelegen, durch möglichst korporativen Beitritt zum Hinterbliebenenunterstützungsfonds der Zentrale die Möglichkeit zu geben, diese hohen Benefizien noch zu erweitern und den Hinterbliebenenunterstützungsfonds zu einer segensreichen Einrichtung unserer Organisation zu entfalten. Daher Genossen und Mitglieder, wendet dieser, für die künftige Entwicklung unserer Organisation so wichtigen Frage die notwendige Aufmerksamkeit zu und wir sind überzeugt, daß bei ruhiger Abwägung der Vorteile, die den einzelnen durch diese Neueinführung geboten werden, die große Mehrheit der Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines auch dem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten werde.

Zum Schlusse verweisen wir nochmals darauf, daß die Angehörigkeit zu diesem Hinterbliebenenunterstützungsfonds eine freiwillige ist. Sie bietet zweifellos Vorteile, wie keine Versicherung in der Welt sie zu bieten in der Lage ist. Sie räumt den alten Mitgliedern unverkennbar große und auch gerechte Vorteile ein und will den noch Beitretenden ebenfalls wertvolle Leistungen bieten.

Genossen und Kollegen! Wer diesem Hinterbliebenenunterstützungsfonds beitreten will, trenne die Beitrittserklärung ab, fülle sie in allen Teilen aus und sende sie an seinen Ortsgruppenkassier. Mitglieder, die ihre Beiträge direkt an die Zentrale entrichten, müssen auch die Beitrittserklärung an diese absenden. Nach Beginn der Wirksamkeit des Hinterbliebenenunterstützungsfonds wird jedem Mitgliede desselben ein diesbezügliches Regulativ und eine Mitgliedsbescheinigung zugehen.

Wien, im Dezember 1911.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Für den

Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich:

Josef Tomschik m. p.
Zentralsekretär.

Rudolf Weigl m. p.
Schriftführer.

Josef Schwab m. p.
Obmann.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Gannsbach. Am 17. Dezember 1911 findet im Gasthaus des Herrn Josef Weich in Gannsbach um 3 Uhr nachmittags eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Mährisch-Schönberg. Die Ortsgruppe beruft für Samstag den 16. Dezember 1911, abends 1/7 Uhr, im Saale des Herrn Wölfe eine freie Eisenbahnerversammlung mit folgender Tagesordnung ein: 1. Die fortschreitende Bewegung und das Verhalten der bürgerlichen Parteien hierzu. 2. Die Einführung der freiwilligen Hinterbliebenenunterstützung ab 1. Jänner 1912. 3. Eventuelles. Referent aus Wien.

Die Mitglieder werden ersucht, behufs Kontrolle und Abstimmung zum Jahresabschluss ihre Mitgliedsbücher dem Kassier abzugeben.

Wilsleinsdorf. Am Sonntag den 10. Dezember 1911 um 4 Uhr nachmittags findet eine öffentliche Eisenbahnerversammlung in Herrn Leopold Jotters Restauration in Wilsleinsdorf mit folgender Tagesordnung statt: 1. Das Parlament und die Forderungen der Eisenbahner. 2. Einführung der Hinterbliebenenunterstützung. 3. Eventuelles. Referent aus Wien.

Eisenbahner, Kollegen, Genossen! Nehmet regen Anteil an dieser wichtigen Versammlung und erscheint alle ohne Unterschied. Auch die Bediensteten und Arbeiter von auswärts werden im eigenen Interesse ersucht, sich bei dieser Versammlung einzufinden.

Ortsgruppe Gloggnitz. Am Dienstag den 12. Dezember, 7 Uhr abends, findet im Vereinslokal, Rosenmayers Gasthaus, Gloggnitz, Reihe 2, eine öffentliche Vereinsversammlung statt. Referent aus Wien. Die Mitglieder werden ersucht, bestimmt bei dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen, und auch ihre Frauen mitzubringen.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Österreich.

Zahlstelle Parfahy. Am Sonntag den 17. Dezember findet im Vereinslokal des Herrn Franz Kolbe in Parfahy eine Monatsversammlung statt. Da es sich um die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung handelt, werden die Mitglieder ersucht, bestimmt und zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Graz II (L. L. Staatsbahnen). Den 9. Dezember um 8 Uhr abends findet in Wiefers Gasthaus, Zalmungasse 188, eine öffentliche Vereinsversammlung statt, wo die Genossen Wabitsch und Deder den Bericht über die heraufgehenden Unfallschicksale der österreichischen Eisenbahnen erstatten werden.

Ortsgruppe Komotau. Die Zentrale beabsichtigt, mit 1. Jänner 1912 die Hinterbliebenenunterstützung gegen freiwilligen Beitritt der Mitglieder einzuführen, und wird die nötige Aufklärung darüber im Nachhinein gegeben werden. Wir ersuchen daher alle jene Mitglieder, welche diesem vorteilhaften Unterstützungszweig beitreten wollen: dies dem Kolporteur Genossen Wagner beim Austragen des Nachhineins am 20. Dezember schriftlich, mit genauer Angabe der Geburtsdaten, bekanntzugeben, damit die weiteren Arbeiten rechtzeitig erledigt werden können.

Zahlstelle Liebfeld. Die Generalversammlung wird Samstag den 16. Dezember um 8 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Walter in Liebfeld abgehalten. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle mitzubringen.

Ortsgruppe Spornitz. Die Generalversammlung findet Sonntag den 17. Dezember um 8 Uhr abends im Vereinsheim mit äußerster Wichtigkeit Tagesordnung statt. Gleichzeitig werden jene Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, aufgefordert, sofort nachzugahlen, damit die Ortsgruppe mit der Zentrale zeitgerecht abrechnen kann. Kein dienstfreier Genosse fehlt bei der Generalversammlung.

Ortsgruppe Fehring. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge längstens bis 20. Dezember 1911 zu begleichen. Ferner werden die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ersucht, dieselben auch bis 20. Dezember 1911 nachzugahlen. Wir verweisen die Mitglieder auf die Bekanntmachung der Administration des „Eisenbahner“ in der Nummer 34.

Ortsgruppe Lobositz. Die P. T. Mitglieder werden ersucht, zu der am 7. Jänner 1912, um 2 Uhr nachmittags, im Gasthaus „zur Traube“ abzuhaltenen Generalversammlung zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Brünn II (Nordbahn). Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind von nun an zu richten an: Ignaz Engel, Offiziant der L. L. Nordbahn, Brünn, Grillovitzgasse 16, Partierre.

Ortsgruppe Ruditz. Die Mitglieder des Sterbefonds werden ersucht, für das verstorbene Mitglied Kabanitz je 71 S. an den Kassier abzugeben.

Ortsgruppe Oberleutensdorf. Die Generalversammlung wird am 6. Jänner 1912 um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokal bei Herrn Scharf abgehalten.

Ortsgruppe Raasdorf-Brunnersdorf. Es wird den geehrten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis gebracht, daß am Sonntag den 17. Dezember 1911 in Herrn Feigmanns Gasthaus in Meretz um 2 Uhr nachmittags die Ortsgruppenversammlung stattfindet. In Anbetracht wichtiger Beratungen ist es Pflicht eines jeden einzelnen Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Inhalt der Nummer 34 vom 1. Dezember 1911.

Artikel: Wie ein Minister über die Fleischnot spricht. Das ist der Nationalverband. Die Forderungen der Eisenbahner. Neuerlich der Fall Köllner. Die Möglichkeit der Erreichung des Endzwecks für die Zugbegleiter der Südbahn. Die Feuerungsanträge abgelehnt. Die österreichische Unternehmerorganisation. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Holland. Die Elektrifizationsarbeiten in Heiligenstadt und ihre Arbeitsbedingungen. Von der Südbahn.

Inland: Die Sozialdemokraten und die Steuerborlagen. Finanzkrisis von der Graz-Köflacher Eisenbahn. Frachtermäßigung und Lebensmittelwucher. Zur Reorganisation der Staatsbahnen. Bildung eines Petroleumkartells. Das Posthindernis. Auch ein Denkmal.

Ausland: Das Streikrecht der französischen Eisenbahner. Mißerfolg der Eisenbahner in Irland. Angedrohte Aussperrung von 70.000 Metallarbeitern. Gewinne der amerikanischen Bahnen. Ein neuer englischer Eisenbahnerstreik.

Aus dem Gerichtssaal: Ein Unfall in Margrethekurtatz. Ein neuerlicher Unfall in der Station Kolin. Deutsch-nationaler Verleumder. Willach.

Streiflichter: Vom heiligen Bureautismus. Neueinführung bei der Staatsbahndirektion Innsbruck. Vom Schlachtfeld der Eisenbahn. Zur Reorganisation bei den L. L. Staatsbahnen. R. I. Bahnerhaltungssektion Teplitz-Waldau.

Aus den Amtsblättern: Provisionsfondseinzahlung der Professionisten.

Korrespondenzen: Gmünd. Zwittau. Prerau. Gutenstein-Streiteben. Mährisch-Schönberg. Obernig. Willach. Rastfurt. Wogen-Gries. Penzing-Wien. Wien. Wilsleinsdorf. Falkenau an der Eger.

Versammlungsberichte: Beschwerden von der Wiener Stadtbahn. Wien-Penzing. Willach. Mauthausen. Pragerhof. Spittal an der Drau. Willach. Wogen I. Wels. Willach.

Aus den Organisationen: Klosterneuburg. Burkersdorf. Leoben.

Verschiedenes: Eine folgenschwere Neuerung. Technisches: Patentbericht.

Literatur: Weihnachten. Bekanntmachung der Administration.

Rechnungsabrechnung und Eisenbahnerkalender.

Eingefendet: Erklärung. Dankagung. Mitteilungen der Zentrale: Verwaltungs-

Komiteeführung.

Sprechsaal. An alle Unterbeamte der St. C. G. An alle Bahnrichter und Vorarbeiter der L. L. St. B.

Offene Anfragen: An die Nordwestbahndirektion in Wien. An die Staatsbahndirektion Willach. An die Generaldirektion der B. C. G. An die Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein: Turnau. Deutsch-Wagram. Furtch im Balde. Austerlitz. Weiskirch. Wiesel-Bisef. Marzenbad. Teplitz.

Ring. Steyr. Krems an der Donau. Floridsdorf. Zug. Zwittau. Buchau. Gänserndorf. Selzthal. Stadlau. Spittal an der Drau. Rudersdorf. Budweis. Marchegg. Sigmundsherberg. Gögelsdorf.

Inferate

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Zur Erfrischung

Im Dienst, besonders in der Nacht, empfiehlt sich eine kräftige Rindsuppe aus

MAGGI Würfeln

(fertige Rindsuppe) 150

a 5 h.

Nur mit kochendem Wasser zu übergießen.

Man achte auf den Namen MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern.

Ausserordentliche Gelegenheit nur für Weihnachten!

Extrahoch! Hochhegenant!

Cavalier 18kar. Gold double Uhr, prämierte Marke Speziala. K 4.90

Nickel Cavalier Uhr, Marke Syntax nur. 3.90

Damen 18kar. Gold double Uhr, prämierte Marke, K 5.90

Diese Uhren besitzen präzise Schweizer Werke, in Steinen laufend, und sind mit vierjähriger Garantie versehen. Den Herrenrathen wird je eine Kette unsonst beigelegt.

Versand per Nachnahme durch:

Holzer & Wohl, Krakau Nr. 51, Oesterr.

Männerkrank.

heften und Herdenkrankheiten von Spezialarzt Dr. Krumler. Neuerlich lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Bekämpfung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen, Geschlechtskrankheiten, Folgen neuerer unheilbarer Leiden und aller sonstigen schweren Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Buch ein Buch von geradezu ungeschätzbarer Gesundheit. 12 Hefen. Preis 1.00 Briefmarken franko von Dr. med. Krumler, Gent 881 (Schweiz).

Gelegenheitskauf! Garantiert echter

Hirschbart

Prachtexemplar

buntes Haar, buschig, mit sehr schönem Reif, 18 cm lang, samt Kieferhaare mit Hirschbart, verschied. baren Ring und Schraube zusammen

nur 6 Kronen

Seltene Gelegenheit!

Versendet per Nachnahme Gutsdardbinder

Feinzel, Wien IX, Altmutterg. 3/100

Dankagung.

Gefertigter dankt hiermit allen seinen Berufskollegen sowie auch den Ortsgruppen des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereins für Österreich: Umstetten, Klein-Weifling, Hofenbach, St. Veit, Selzthal, Leoben, Amstelsfeld, St. Michael, Willach, Dieflau, Magensfurt, Eisenberg und Reitzweg für die seiner Familie während seiner dreimonatigen Inhaftierung zugekommene Unterstützung auf das herzlichste. Gleichzeitig spricht der Gefertigte allen, die an der Erwirkung dieses namhaften Betrages mitgearbeitet haben, für ihre Bemühungen seinen innigsten Dank aus.

Zeitweg, im Dezember 1911.

Johann Konrad, Blagmeister in Zeitweg. Familie Konrad.

Postentausch.

Ein Streckenwächter der Linie Nied-Simbach L. L. Staatsbahn wünscht aus Krankheitsrücksichten mit einem Zugmelde- wächter des Linien Direktionsbezirktes einen Postentausch einzugehen. Zugmeldepösten nur mit Tagdienst wird bevorzugt. Diesbezügliche Anfragen sind an den Streckenwächter Josef Kieninger, Braunau am Inn, Verdenselgasse 17, zu richten.

Billige Bettfedern und Daunern

1 Kilo graue geschlossene K 2.-, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4.-, prima daunenweiße K 6.-, hochprima K 7.-, 8.- und 9.00, Daunern, graue, K 6.-, 7.-, weiße prima K 10.-, Brusthaare K 12.- von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtabigem, rotem, blauem, gelbem oder weitem Stoff (Ran- ting), 1 Tuchent, ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Koff- vollkern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, arauen, kammigen und dauerhaften Bettfedern K 16.-, Halbdunen K 20.-, Daunern K 21.-, Eineine Tuchente K 10.-, 12.-, 14.-, 16.-, Eineine Koffvollscher K 2.-, 3.50, 4.-, Tuchente, 200 x 140 cm groß, K 18.-, 15.-, 16.-, 20.-, Koff- vollker, 90 x 90 cm groß, K 4.50, 5.-, 5.50. Unterbette aus bestem Bettgarn, 180 x 116 cm groß, K 13.- und K 15.-, versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Mag Berger in Deichen Nr. 423a, Böhmerwald.

Kein Risiko, da Austausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige Illustr. Preisliste aller Bettwaren gratis. 191

Gutbezahlte Stellung

finden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunter- richtswerte „System Karnad-Sachfeld“ zu ihrer Weiter- bildung bedienen. Gründliche Ausbildung zum Monteur, Maschinenisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeug- maschinenbauer, Maschinenkonstruktoren, Ingenieur, For- mer und Gießmeister, Gießereitechniker, Bauschlosser und Installateur, Lokomotivheizer und -führer, Eisenbahn- techniker, Elektrikininstallateur, Chef- und Ingenieur. Ausführliche Prospekte und eine 62 Seiten starke V o h r e „Karnad-Sach- feld“ werden auf Verlangen jedermann kostenlos zugesandt von

Schallehn & Wollbrück, Wien XV/1.

Billige böhmische Bettfedern

1 Kilo graue geschlossene K 2.-, bessere K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4.00, prima daunen- weiße K 6.-, hochprima K 7.20, beste Sorte K 8.40, Daunern (Flaum) grau K 6.-, weiss K 12.-, aller- feinsten Brusthaare K 14.40. Bei Abnahme von 5 kg franko.

Fertige Betten

aus dichtabigem rotem Inlett, 1 Tuchent o. Unter- bett 180 x 116 cm K 10.-, 12.-, 15.-, 18.-, 21.-, 200 x 140 cm K 12.-, 15.-, 18.-, 21.-, 1 Koffkissen 80 x 58 cm K 3.-, 8.00, 4.-, 90 x 70 cm K 4.50, 5.00, 6.-, Versand franko gegen Nachnahme von K 10.- aufwärts. Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. Proben und Preisliste frei.

Artur Wollner, Lobes Nr. 170 bei Pilsen (Böhmen).

„OLLA“ Hygien. Spezialitäten

Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4.-, 6.-, 8.-, 10.-. Frauenschutz, 10 Jahre lang verwendbar. K 3.-, 4.-, 6.-, 8.-, 10.-. Neu- heit für Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück K 2.-. — Versand diskret. — Illust. Preisliste gratis (Verschluss 20 Heller.)

J. Gruner, „OLLA“-Depot

Wien 2/2, Schönbrunnerstrasse 141E. 200

Jeder Besteller, der sich auf dieses Blatt beruft, erhält ein Geschenk gratis.

Petroleum-Heizofen

neuester Konstruktion, auch zum Kochen zu be- nützen, geruchlos, kein Ofenrohr, ganz enorme Heizkraft, garantiert hochfeine Ausführung, so lange der Vorrat reicht, per Stück nur K 27.-, und zwar nicht gegen Nachnahme, sondern 3 Monate Kredit, daher kein Risiko.

Paul Alfred Goebel

WIEN, VIII. Albertgasse Nr. 3.

Billige böhmische Bettfedern

5 Kilo: neue geschlossene K 9.00 bessere K 12.-, weiße daunenweiße geschlossene K 18.-, K 20.-, K 22.-, K 24.-, K 26.-, K 28.-, K 30.-, K 32.-, K 34.-, K 36.-, K 38.-, K 40.-, K 42.-, K 44.-, K 46.-, K 48.-, K 50.-, K 52.-, K 54.-, K 56.-, K 58.-, K 60.-, K 62.-, K 64.-, K 66.-, K 68.-, K 70.-, K 72.-, K 74.-, K 76.-, K 78.-, K 80.-, K 82.-, K 84.-, K 86.-, K 88.-, K 90.-, K 92.-, K 94.-, K 96.-, K 98.-, K 100.-

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN

aus rotem Bettinlett, gefüllt, 1 Tuchent oder 1 Unterbett 130 cm lang, 116 cm breit K 10.-, K 12.-, K 15.- und K 18.- 3 Meter lang, 140 cm breit K 13.-, K 15.-, K 18.-, K 21.-, 1 Koffkissen 80 cm lang, 68 cm breit K 3.-, K 3.50, und K 4.-, 90 cm lang, 70 cm breit K 4.50 und K 5.00. Anfertigung auch nach jeder beliebigen Maßangabe 3-teilige Daar-Matratzen auf 1 Bett K 27.-, bessere K 33.-. Versand franko per Nach- nahme von K 10.- aufwärts. Umtausch und Rücknahme gegen Vorauszahlung gestattet. Benedikt Sackel, Lobes Nr. 170 bei Pilsen, Böhmen. 195

Parteigenossen!

Bestellet Euch jeder ein Packet fehlerfreier Reste, enthaltend: **Boston Hemdenoxford, feinen Hemden- und Kleiderzephyr, hoch- prima Bettkanavas, starke Hemdenlein- wand, Blandruck, Sarchent, Blusen- und Kleiderstoffe etc.**, alles nur in prime Qualität

40 Meter um 16 K

per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4—10 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Ihr werdet staunen über die Billigkeit und Güte der Waren.

LEOPOLD WLČEK

Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen.

Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Haben Sie Schmerzen? Rheumatische, gichtische, Kopfschmerzen, Zahnschmerzen? Haben Sie sich durch Luftzug, Erkältung was zugezogen? Versuchen Sie doch den schmerzstillenden, heilenden, stärkenden Feller's Fluid m. d. W. „Elafluid“. Der ist wirklich gut! Das ist nicht bloß Neelamel! Probendukend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker Feller in Stubica Chaplay Nr. 191 (Kroatien).

Örkény's Lindenhonig

ist ein wunderbares Hausmittel, welches bei Erkältungen, Katarrhen, Keuchhusten, Heiserkeit, schwerem Atmen etc. grosse Dienste leistet. — Wer sich vor Lungenleiden schützen will, nehme Örkény's Lindenhonig (Sirup), welches ein appetitanregendes, wohl-schmeckendes und dabei billiges Hausmittel ist. Da es viele Nachahmungen gibt, bestelle man direkt beim alleinigen Erzeuger Hugo Örkény, Apotheker in Budapest, Tökölly-ut 28. Depot 12. Probeflasche 3 Kronen, grosse Flasche 5 Kronen, 3 grosse Flaschen franko 15 Kronen. Postversand täglich.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!
Von Berghausen eleganteste Herrenanzüge von K 14.—, Hüfter von K 10.—, Bodenröcke, Wetterfräsen von K 8.50, Strohhüte von K 4.— aufwärts.
Großes Lager von feiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige Bettwäsche, weiß oder farbige, nur K 5.—, Leintücher K 1.50, schwere Bettzeuge, Damastgabel, Bettuch, Leinen, Gylfoue, Angine, per Stück nur K 9.50, Handtücher, Fischtücher, Vorhänge K 8.—. **Garantiert** nur gelegene Ware, alles erstaunlich billig. Einzige in Wien nur bei **Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.**
Auch Kleiderleihen, per Anlag K 3.—. Provingverand reell per Nachnahme.

Die **„Patent-Korkkappe“** ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.
K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken
Wilhelm Beck & Söhne
Zentrale: Wien, VIII. Langgasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Richters Gesundheits-Roggenkaffee ist, wie Tausende Anerkennungs-schreiben bezeugen, der beste. Jedem 500-Loth-Paket wird ein schöner Gebrauchsgegenstand aus Nickel, Glas etc., vor Weihnachten, ein prachtvolles Christbaumgelenk und Kinderpielzeug je nach Wunsch **umsonst** 273
Geigepack. — 5 Kilo kosten franko per Nachnahme Kr. 4.—, ohne Gratissgabe Kr. 3.40 per Post.
Karl Richter, Gesundheits-Roggenkaffee-Fabrik, Lewin 7, Böhmen.
Jedem Paket wird ein Verzeichnis der Gratissgegenstände beigelegt.

Mechanische Stridereien und Stridgarnhändler, Kaufleute und Konsumvereine
kaufen Stridgarne (Baumwoll- oder Schafwollgarne) am besten und am vortheilhaftesten in der ersten Stridgarnefabrik **Brosche & Cie., Reichenberg (Böhmen).**
Filiale: Wien VII, Schottenfeldgasse 21. Musterkarten gratis.

Wem daran liegt mit dreijähriger schriftlicher Garantie eine moderne Sprechmaschine mit oder ohne Trichter **ohne Anzahlung** nur unter Zahlung der ersten Monatsrate zu erhalten, ebenso auch Platten allein ohne Apparat zu selbst Bedingungen, wende sich an die einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs **Leop. Kimpink**
Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.
Billigste Fabrikkassapreise ohne Konkurrenz. Reparaturen fachmännisch billigst. Keine Cassenluden. Vorführung ohne Kaufzwang in der Fabrik. — Katalog 100 gratis.

Beste billigste Bezugsquelle!
Bettfedern, Daunen
1 Kilo neue, graue, gefüllene Bettfedern K 2.—, bessere K 2.40, halbbeste K 2.80, weiße K 4.—, bessere K 6.—, Gefüllschafschleis, schneeweiß K 8.—, Daunen, grau K 6.—, 7.— und 8.—, Daunen, weiß K 10.—, Brustbaum K 12.—, Kaiserbaum K 14.—, von 5 Kilo an franko.

Fertige Betten
aus blickfähigem roten, blauen, gelben oder weißen Mantel, 1 Tuchent circa 180/120 cm groß, am 2 Kopfbolster, die circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Federn, K 10.—, Halbbaunen K 20.—, Baunen K 24.—, Tuchent allein K 12.—, 14.— und 16.—, Kopfbolster allein K 3.—, 3.50, besser K 4.—, Tuchent, circa 180/140 cm, K 15.—, 18.— und 20.—, Kopfbolster, circa 90/70 cm, K 4.50, 5.— und 5.50, Unterbest, circa 180/116 cm, K 13.—, 15.— und 18.—, Kinderbetten, Bettüberzüge, Verwässer, Matratzen, Stoppdecken, Planeldecken u. f. w. billigst, verpackt per Nachnahme. Verpackung gratis, von K 10.— an franko
Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).
Nichtpassendes umgetauscht oder Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franko.

Nebenerwerb oder Existenz
sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltungsgegenstände. Risikoverdienst zugesichert. Näheres gratis. Anfragen mittelst Postkarte unter „Nr. 28“ an die Annoncenexpedition Eduard Braun, Wien I, Rotenturmstrasse 8. 276

Dankfagung.
Die Gefertigten fühlen sich verpflichtet, allen edlen Spendern für die ihrem Sohne Johann Schenner in Bad Aussee zugewendete Unterstützung von K 23.26 an dieser Stelle den wärmsten Dank auszubringen. **Franz u. Josefa Schenner als Eltern.**
Bad Aussee, am 28. November 1911.

Konkurrenzlos! Wir liefern unsere **erstklassigen, den echten Smyrna täuschend ähnliche prachtpvolle Wandteppiche** von vorzügl. Qualität und unbegrenzter Haltbarkeit direkt an die Konsumenten. **K 5-50**
Wandteppiche in reizenden persischen und Figurendessins, 100 cm breit, 200 cm lang K 5-50.
Papageien, flüchtendes Hochwild, Löwe, Schwan, Rehfamilie, Fuchs, Hund etc. 284
Salon-teppiche
aus dicker Plüschchenchenfille, seidengleich, in herrlichen persischen, Sezessions- und Blumenmustern, Grundfarben rot und grün.
140 cm breit, 200 cm lang K 8.— | 201 cm breit, 300 cm lang K 15.—
160 „ „ 250 „ 11.— | 250 „ „ 350 „ 25.—
180 „ „ 270 „ 14.— | 300 „ „ 400 „ 34.—
Bettvorleger aus gleichem Material K 1.80 per Stück.
Lambrequins (Fensterbeschützer) aus extrastarkem Double-Smyrnaeschiffelgewebe, 125 cm hoch, 140 cm breit, mit Bordüre u. Fransen od. pers. Muster K 5-50 p. Stück.
Preise und Qualität ohne Konkurrenz. Bei Nichtkonvenienz Umtausch od. Geld retour.
Waren-Versandhaus Gustav Stern vormals Produktiv- u. Handels-Gesellschaft in Götting Nr. 5 (Mähren).
Bei Bestellungen von über 10 Kronen wird eine elegante Zigaretten-tasche gratis beigegeben.

MÖBEL Auftruf an die Herren Eisenbahner!
Wien's beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, o langjährig bestehende o
Fünfhäuser Möbelniederlage
M. Eisenhammer
Wien, IV., Mariahilferstrasse Nr. 142
(neben der Löwendrogerie Schawerda)
vollständige Zimmerausstattungen K 130, 150, 170, 200 u. 240. Küchenausstattungen von Kr. 34 aufwärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 240. — Moderne Küchen-einrichtungen, arm, reich, grün, K 70. — Patentbett-einrichtungen von Kr. 9.— und Matratzen, preislich von Kr. 12.— aufwärts. — Ein eine Gegenstände billigst in großer Auswahl. Kleiner Preisvermerk für die Provinz gratis. Großer Möb-Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.
Gezielte Bekellungen streng reell wie bei persönlicher Anschauung.
Anfahr- u. allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.
Warnung! Um meine V. T. Kunden vor Schaden durch Fälschungen zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage, da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Marke mißbraucht, um meine p. t. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsort.
Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahner-Möbel“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.
Weiter Herr!
Erlaube mir Ihnen mitzutheilen, daß die Möbel, welche am 23. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre lobende und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.
Dachachtungsvoll **Louis Stabler**
Klempner in Saalfelden.

40 Meter Reste um K 15.60
sortiert in guten, schönen, waschechten Waschstoffen, Zephir, Bettzeug, Oxford, Flanel etc.
— Jeder Rest 3 bis 12 Meter lang. —
Dieselben Reste, aber **extrabester Qualität 40 Meter um K 20.—.**
Alles überraschend schöne Ware. — Versand per Nachnahme. — Nichtentsprechendes wird zurückgenommen, ausgetauscht oder Geld rückerstattet.
Webwarenerzeuger
Josef Kraus, Nachod VII (Böhmen).
Seit 45 Jahren bekannt als sehr reell.
Muster aller Webwaren gratis und franko.

Das Grossartigste für den Weihnachtsbaum!
Kunst leuchtender Baumzweige, künstlich gefärbt
Christbaum-Blockengelkute
„Engelchen mit der Geburt Christi“ ca. 30 cm hoch, garant funktionierend, mit Aufschreib. „Ehre sei Gott in der Höhe etc.“ oder „Gloria in altissimi deo etc.“ per Stück K 1.17.
Kein Risiko! Umtausch gestattet! Evid. Geld zur Vers. p. Nachs. od. Vermerk. für Wiederverkäufer u. f. Sammelanfr. hohe Rabattvergünstigung.
A.O. Wagner, Christbaumzweig-Industrie, Lauscha, Sa.-Mein. Nr. 216
Neueste reichillust. Weihnachts-Preisliste vers. kostenlos an jeder Post.

Gebirgsschleuderhonig
(Wienhonig) garantiert echt naturrein, versendet in 4 1/2 kg Netto-Postdosen zu 10 Kronen per Postnachnahme **Emanuel Wadura, Wädertshaus, Steinwandlreith 18, Post St. Veit a. d. Golfen, Niederösterreich.** 206

Beste böhmische Bezugsquelle!
Billige Bettfedern!
1 kg graue, neue, gefüllene 2 K, bessere 2 K 40, pr. ma halbbeste 2 K 50, weiße 4 K, weiße, halbbeste 5 K 10, 1 kg halbbeste, schneeweisse, gefüllene 6 K 40, 3 K, 1 kg Daunen (Baum), graue 6 K, 7 K, weiße, feine 10 K, allerfeinster Brustbaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franko.
Fertig gefüllte Betten
aus blickfähigem roten, blauen, weissen oder gelben Mantel, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mit 2 Kopfbolstern, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, halbbest. Bettfedern 16 K, Halbbaunen 20 K, Baunen 24 K, einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K, Kopfbolster 3 K, 3 K 50, 4 K, Tuchenten, 200 cm lang, 140 cm breit, 13 K, 14 K 10, 17 K 80, 21 K, Kopfbolster, 90 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70. Untertheile aus feinstem, gestreuten Strahl, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Um auch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour. 260
S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
Reichillustrierte Preisliste gratis und franko.

Die neue Adresse unseres Druckereigebüdes bitten wir genau zu beachten:
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
Swoboda & Co.
V, Rechte Wienzeile 97
(früher V, Wienstrasse 89a)
Telephon 2364 3545

Uhren
(in eigener Werkstatt reguliert und repariert, daher streng verlässlich und genau funktionierend).
Gold-, Silber- u. optische Waren
in neuen, sorgfältig gewählten Modellen erhalten Sie unter weitestgehenden Garantien gegen
mässige Teilzahlungen
im Teilzahlungshaus
Max Eckstein
handelsgerichtl. protok. Uhrmacher
Wien I, wildpretmarkt 5
I. Stock (im eigenen Hause). 190
Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste.

Für Herren!
Winterulster Kr. 18.—, 30.—, 40.—
Winterrock, lang 24.—, 32.—, 48.—
Wetterfragen 9.—, 15.—, 18.—
Winteranzug 24.—, 30.—, 40.—
und aufwärts.
Eigene Abteilung für Maßbestellungen.
Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem P. T. Eisenbahnerpersonal und beschäftigten Personal deren Werkstätte 5 Prozent Rabatt von den festgesetzten einheitlichen Preisen. — Illustrierte Kataloge gratis.
Albert Kern, Graz, Annenstraße 28.

Hammerbrot
Schutzmarke
1/8 Kilo schwerer 1/8 Kilo schwerer
Wer Hammerbrot noch nicht konsumiert, soll zu seinem eigenen Vorteil damit einen Versuch machen. Hammerbrot ist derzeit nicht nur das schwerste und daher billigste Brot Wiens. Auch die schmackhafte Qualität des Hammerbrotes, seine leichte Verdaulichkeit und hygienisch einwandfreie Fabrikation durch einen der Parteilkontrolle unterstehenden Musterbetrieb sind Vorzüge, die kein anderes Brot besitzt. Da es bei der herrschenden Teuerung für den Konsumenten wichtig ist, mit den kleinsten Aufwands von Geld ein nahrhaftes und gesundes, dabei aber doch billiges und wohlschmeckendes Brot zu erhalten und Hammerbrot diese Bedingungen erfüllt, empfiehlt sich dessen ständiger Gebrauch wohl von selbst.

PREISE VON HAMMERBROT:
Grosser Laib (gemischt oder schwarz) 46 Heller
Kleiner Laib (gemischt oder schwarz) 36 Heller
Wecken . . . (gemischt oder schwarz) 46 Heller
Erdäpfelmilchbrot 48 Heller
In den Verkaufsstellen ausserhalb Wiens erhöhen sich obige Preise um die Frachtkosten.

Hammerbrotwerke u. Dampfmühle
SKARET, HANUSCH & Co. SCHWECHAT BEI WIEN
Verkaufsbureau: Wien, II. Zirkusgasse 21, Telephon 23240

Herausgeber **Josef Tomisil.** Verantwortlicher Redakteur **Franz Völ.**
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Swoboda & Co.
Wien, V., Rechte Wienzeile 97.